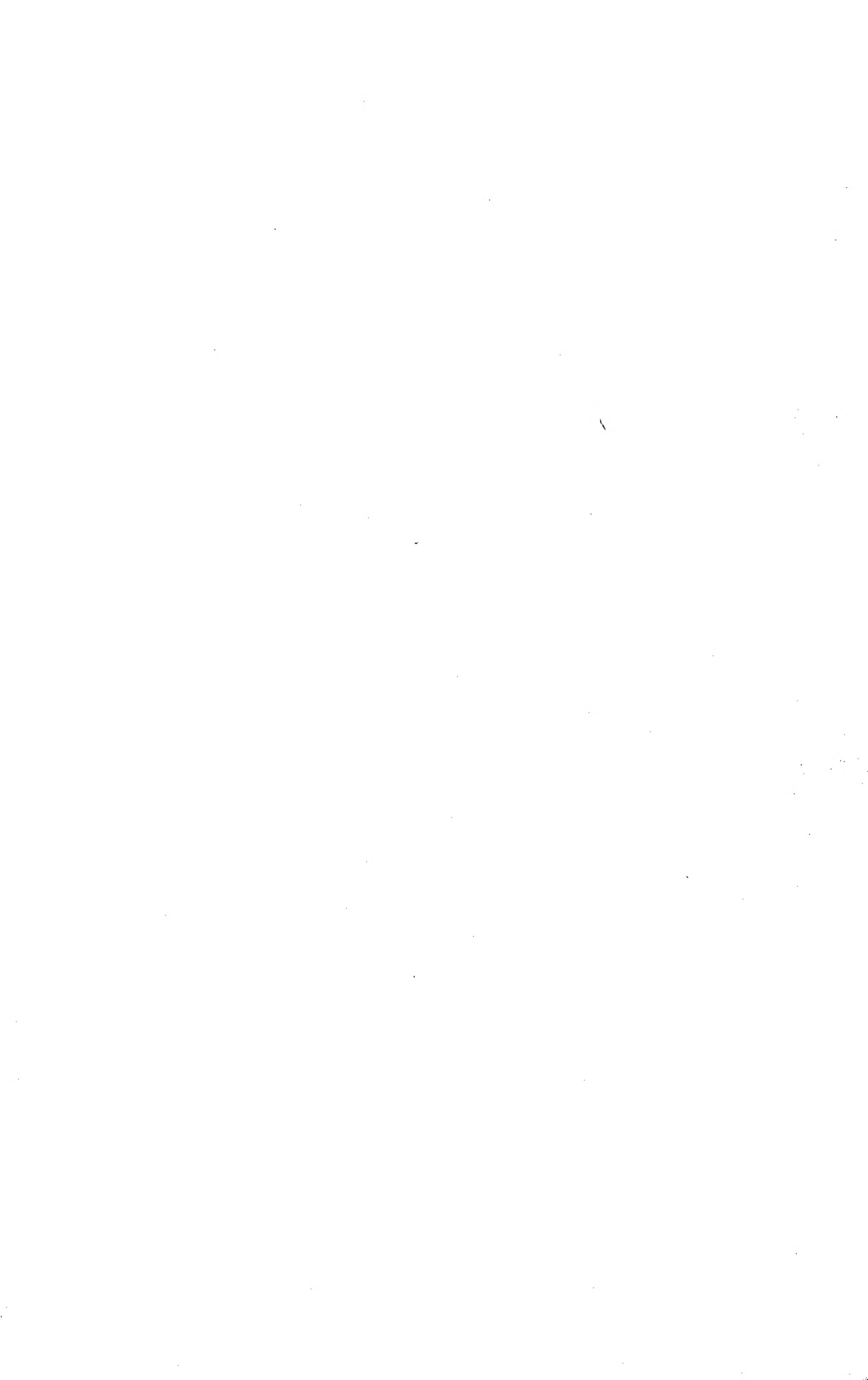
Verbrechen an Deutschen

Die Wahrheit, die Bonn verschweigt.

Herausgegeben von WILFRIED AHRENS







Verbrechen an Deutschen

Die Opfer im Osten

Herausgegeben von Wilfried Ahrens

ISBN 3-922116-01
4. Auflage 1981

Herausgeber und verantwortlich:
Wilfried Ahrens
Verlag für Öffentlichkeitsarbeit in Wirtschaft und Politik
Amselweg 8
8029 Sauerlach-Arget

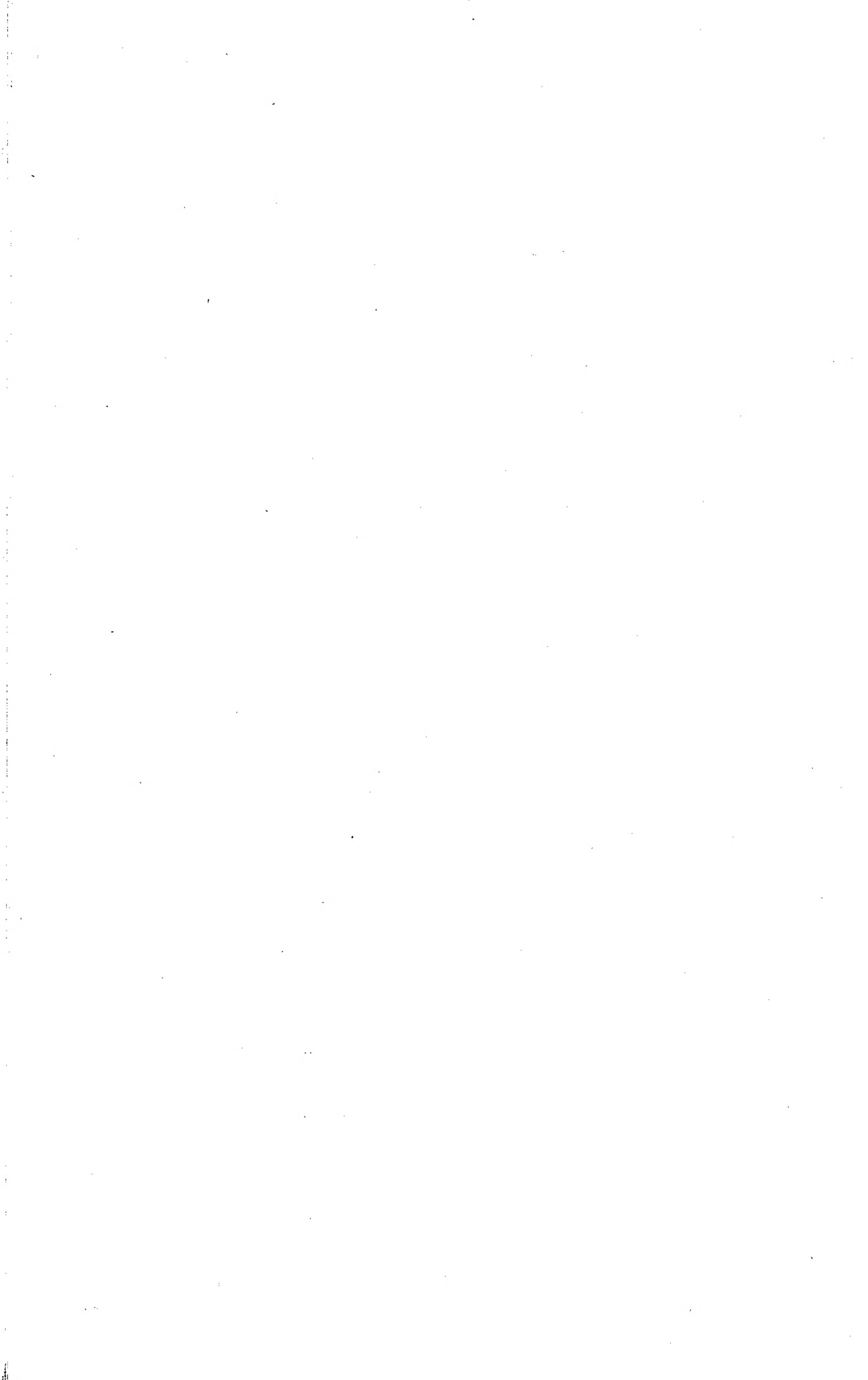
Druck: M + A Fischer, Weilheim i. Obb.

„Wir sind der Meinung, daß, fast 30 Jahre nach dem Krieg, die Zeit gekommen ist, einen Strich unter die Rechnung zu machen."

(Radio Prag, 5. August 1974)

„Wir trauern über die furchtbaren Leiden des polnischen Volkes im letzten Kriege. Wir ehren seine Opfer. Aber die furchtbaren Leiden deutscher Menschen,am Ende und nach dem Krieg, haben,wie jedes menschliche Leid, auch ihre Würde. Auch Sie verdienen zumindest Respekt. Es geht nicht an, sie als Propagandalüge in den Papierkorb der Weltgeschichte zu werfen. Kein Mensch läßt seine Leiden gern Lügen schimpfen, die Polen nicht und auch die Deutschen nicht."

(Bundespräsident Walter Scheel, 13. März 1975)



Inhalt



Brief eines Bundestagsabgeordneten, Jahrgang 1938

Franz Ludwig Graf Stauffenberg, MdB

5. März 1975

Sehr geehrter Herr Ahrens,

ich möchte nochmal das Thema aufgreifen, das wir neulich so ausführlich diskutierten. Es ging wieder einmal um unsere — der Deutschen — Geschichte und das geschichtliche Wissen: nicht um ferne Jahrhunderte, sondern um jene Zeit, die den älteren unter unseren Landsleuten noch aus eigenem Erfahren schmerzhaft lebendig ist. Die Generation, der Sie und ich angehören, verbindet mit den Jahren des NS-Schreckens, des Weltkriegs, des Zusammenbruchs, der Vertreibung meist nur wenige bruchstückhafte und undeutliche Kindheitserinnerungen. Im übrigen sind wir, was für die Jüngeren ausschließlich gilt, auf Erzählungen, Veröffentlichungen und geschichtlichen Schulunterricht angewiesen, wenn wir uns ein Bild von jener Zeit machen wollen, die man so häufig und so gerne — und wohl bis heute auch zutreffend — „unbewältigte Vergangenheit" genannt hat.

Freilich meinen viele, daß die Geschichte der dreißiger und vierziger Jahre weit zurück liege, daß sie irrelevant sei für die Probleme von heute und morgen. Aber ebenso wissen wir, daß wir, so lange wir Bürger dieses

Landes sind und so lange Deutschland unsere Heimat bleiben soll, mit Gegenwart und Zukunft nur dann zurecht kommen, wenn wir genügend um unser Land und seine Menschen wissen.

Deutschland ist nicht nur ein geographischer Begriff. Es ist ein Erbe, dessen Aktiva und Passiva wir nicht beliebig verändern können, auch nicht mit der Flucht in die Vergeßlichkeit und auch nicht durch willkürliche oder hingenommene Verfälschung der Geschichte.

Das Deutschland, das wir vorgefunden haben, ist eindrücklich geprägt von der geschichtlichen Wirklichkeit dieser Jahre, die nun an die drei Jahrzehnte und länger zurückliegen. Ein geteiltes Land und ein geteiltes Volk, ein Land, von dem Zerstörung ausging und das selbst aus der Zerstörung einen Neubeginn suchen mußte, ein Land, in dessen Namen unendliches Unrecht geschah und das das Odium des Unrechts, das sich mit seinem Namen verband, überwinden mußte.

Die Menschen in Deutschland haben nach dem Krieg in überwiegender Mehrheit das Erbe angenommen, das ihnen aufgegeben war. Sie haben sich den Verpflichtungen, mit denen sie die Geschichte ihres Landes konfrontierte, nicht entzogen. Dabei wissen auch wir, die wir 1945 noch Kinder waren, daß die Zeit seither nicht reicht, um alle Wunden zu heilen. Wiedergutmachung und Entschädigungen können Geschehnisse nicht ungeschehen machen, können erlittenes Unrecht nicht heilen. Aber ebenso müssen wir wissen, daß wir geschichtliche Wahrheiten nicht teilen können. Wenn sich die Menschen und Völker Europas dauerhaft versöhnen wollen, dann wird ihnen das nur gelingen, wenn sie aus allen historischen Ursprüngen des Unfriedens, des Unrechts und der Unmenschlichkeit zu lernen bereit sind.

Wer als Deutscher nicht allein von dem Vergehen der Deutschen, sondern auch vom Unrecht an Deutschen spricht, macht es sich und seinen Landsleuten sicherlich nicht leichter, „die Vergangenheit zu bewältigen“. Gleichermaßen wohlfeil wie schädlich ist ihm der Applaus derer, die Untaten gegen Untaten aufrechnen wollen. Zum anderen findet er das Mißfallen derer im eigenen Land, die Störungen in einer „Entspannungspolitik“ befürchten, die vom Verhandlungspartner jedoch nicht als gegenseitige Versöhnung, sondern als Anspruchsgrundlage verstanden wird. Versöhnung

läßt sich nicht erkaufen, weder durch Geld, noch durch Aufrechnungstricks, noch durch die Hinnahme einseitiger und unvollständiger Geschichtsschreibung. Gerade vor dem düsteren Bild europäischer Geschichte in diesem Jahrhundert, können die Menschen unseres Kontinents in Achtung und Verständigung zueinander nur dann finden, wenn sie mündig sind, der ganzen Wahrheit vergangenen Unfriedens und früherer Feindschaft ins Auge zu sehen. Wenn eine Regierung meint, wichtige historische Dokumentationen mit einem Geheimstempel versehen zu müssen, entmündigt sie ihre Bürger. Die Verheimlichung stiftet Mißtrauen und Argwohn: sie wird zum Herd des Unfriedens, sie macht die Aussöhnung unmöglich.

Gerade die jungen Menschen, die an Geschehnissen zu tragen haben, die sie selbst nicht erlebt und an denen sie selbst nicht beteiligt waren, haben Anspruch auf die ganze Wahrheit. Denn nur wer die Geschichte kennt, kann aus ihr lernen. Das gilt für die jungen Menschen nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Ländern Europas.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

(gez.) STAUFFENBERG



Vorwort des Herausgebers

Mehr als 40 000 Einzeldokumente haben Experten des Bundesarchivs in Koblenz im Auftrag der Bundesregierung seit Juli 1969 gesammelt, geprüft und in 3 500 Auswertungsbögen tabellarisch zusammengefaßt. Offizieller Titel dieser gigantischen Arbeit: „Dokumentation der Vertreibungsverbrechen" — eine Dokumentation des Grauens, zu professoraler Gründlichkeit geronnenes Entsetzen.

Seit Juli 1974 haben die Bundesarchivare das Dokumentationswerk abgeschlossen — und seit Juli 1974 weigert sich die Bundesregierung, das Ergebnis der Öffentlichkeit vorzulegen oder auch nur zur wissenschaftlichen Verwertung freizugeben.

Die Experten im Koblenzer Bundesarchiv haben ihrer Dokumentation eine Synopse von 60 Seiten vorangestellt, in der sie in knapper, aber konkreter Form Inhalt und Methodik ihrer Arbeit zusammenfassen und erläutern.

Nicht einmal diese Zusammenfassung, die angeblich ohne Kenntnis der 40 000 Einzeldokumente unverständlich sei, will die Bundesregierung uns „mündigen Bürgern" und ebenfalls — wie sich inzwischen erwiesen hat — nicht einmal Wissenschaftlern zur Verfügung stellen.

Das politische Hauptargument gegen die Veröffentlichung dieser Hunderttausende von Fakten, die mindestens ebenso vielen Menschen, nicht zuletzt den Opfern der Vertreibungsverbrechen, bekannt sind, lautet: Es bestehe die Gefahr, daß bei einer solchen Veröffentlichung eine Art gegenseitiger Aufrechnung von Kriegsverbrechen betrieben würde. Dieses Argument haben sich allerdings die Propagandisten in Moskau und anderen kommunistischen Hauptstädten zu eigen gemacht. Hier nur einige Beispiele:

● Prag: „Die Dokumentation über Verbrechen an Deutschen ist eine Verfälschung der Vergangenheit, eine Übertreibung mit nazistischen Wörtern." *(Radio Prag, 2. Februar 1975)*

● Ost-Berlin: „Die Neuauflage einer von der BRD-Regierung angelegten sogenannten Dokumentation über die 'Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa' richtet sich besonders gegen die Sowjetunion, Polen, ČSSR und Jugoslawien. Nun treten die auf den Plan, die sich mit der Zerschlagung des Faschismus keineswegs befreit fühlen, die sich als Erben Hitler-Deutschlands betrachten und nun glauben, seine 'Ehre' retten zu können. Sie machen eine 'Gegenrechnung' auf. Die Verbrechen des deutschen Faschismus sollen verschwinden und am Ende soll herauskommen: Die eigentlichen Schuldigen sind diejenigen, die sich und andere vom Faschismus befreit haben." *(„Neues Deutschland", 26. Februar 1975)*

● Moskau: „Es ist gut bekannt, daß der sowjetische Soldat gegen Kinder und Frauen nicht gekämpft hat und bekannt ist auch, daß einzelne Fälle von disziplinaren Ausschreitungen in unserer Armee aufs Strengste bestraft wurden, obwohl es sich um Soldaten handelte, deren überwiegende Mehrheit nach Deutschland gekommen war, nachdem sie im Ergebnis der faschistischen Aggression Heim, Familie, die nächsten und teuersten Menschen verloren hatten.

Keine andere als die Sowjetarmee nahm die Versorgung und die Belieferung der Zivilbevölkerung in den von ihr eingenommenen Gegenden auf sich, was unter den Verhältnissen jener Zeit die Rettung des Lebens von Millionen und Abermillionen Deutschen bedeutete." *(Der Propaganda-Sender Radio Frieden und Fortschritt, 23. Februar 1975)*

● Prag: „In der Bundesrepublik Deutschland wurde in den letzten Tagen eine Kampagne über angeblich an Deutschen während des Zweiten Weltkrieges und während der Vertreibung begangenen Verbrechen entfesselt. Die Initiatoren dieser Kampagne kann man in den Reihen der bundesdeutschen Revanchisten und der reaktionären Kräfte des Landes finden. Sie stützen sich auf eine Dokumentation . . .

Man braucht nicht viel Phantasie, um zur Erkenntnis zu kommen, daß die rund um die sogenannte Dokumentation entfesselte Kampagne über an Deutschen begangenen Verbrechen eine schamlose Geschichtsfälschung bedeutet." *(Radio Prag, 5. August 1974)*

Dies sind nur einige wenige und in ihrer Polemik nicht einmal krassesten Fälle jener Propaganda, mit der die kommunistischen Machthaber über eine mit aller wissenschaftlichen Akribie erarbeiteten Dokumentation herfallen, die offenbar in den Regierungszenten des Kommunismus bekannt ist, nicht aber bei uns in der Bundesrepublik.

Radio Prag meinte am 5. August 1974 in diesem Zusammenhang: „Wir sind der Meinung, daß fast 30 Jahre nach dem Krieg die Zeit gekommen ist, einen Strich unter die Rechnung zu machen."
Diesem Satz kann ich mich nur anschließen.

Daß die unermeßlichen Verbrechen, die unter dem Hitler-Regime im Namen Deutschlands und von Deutschen begangen wurden, niemals gesühnt, geschweigedenn aufgerechnet werden können — wer sich dieser ebenso banalen wie makabren Wahrheit nicht klar ist, der ist entweder böswillig oder schwachsinnig. In dieser Meinung schließe ich mich den Worten aus dem Brief meines politischen Freundes Graf Stauffenberg an. Wenn ich mich aber entschlossen habe, eine von der Bundesregierung als vertuschungswürdig erachtete Dokumentation hiermit einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu geben, dann auch aus dem Grund, daß endlich nach mehr als einer geschichtlichen Generation Schluß gemacht werden muß mit einseitiger Hetze und den bis in die heutigen Tage wirkenden Erpressungsversuchen kommunistischer Gewaltregime gegen unseren freien Rechtsstaat. (Die Dokumentation wird aus Gründen der Authentizität einschließlich aller Fußnoten veröffentlicht, selbst wenn einige sich auf Quellen beziehen, die in dieser Synopse nicht erwähnt werden.)

Und ein weiteres, nicht minder wichtiges Motiv hat mich zu dem Entschluß dieser Veröffentlichung bewogen: Als heute Vierzigjähriger gehöre ich wie die Mehrzahl der Bevölkerung in unserem Lande zu jenen Menschen, die Kriegs- und Nachkriegszeit, wenn überhaupt, dann allenfalls als Kinder miterlebt haben. Und wenn die Bundesregierung der Meinung ist, meine Generation und die noch Jüngeren seien über die Ereignisse jener Zeit hinreichend informiert (siehe Bundestagsprotokoll, Seite 82) dann kann ich mich gelinde nur so ausdrücken: Da irren die Genossen.

Graf Stauffenberg hat in seinem Brief geschrieben: „Wenn eine Regierung meint, wichtige historische Dokumentationen mit einem Geheimstempel

versehen zu müssen, entmündigt sie ihre Bürger". Dazu möchte ich hier nur aus einer Entschließung des Deutschen Presserats vom 15. Oktober 1970 zitieren:

„Der Deutsche Presserat verteidigt das Recht jedes Journalisten, über Vorhaben der Regierung auch dann zu berichten, wenn sie von ihr aus als 'vertraulich' oder 'geheim' bezeichnet werden. Voraussetzung ist, daß er gewissenhaft abwägt, ob das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit die für die Geheimhaltung angeführten Gründe überwiegt."

Ich habe gewissenhaft abgewogen.

Wilfried Ahrens

März 1975

Vorwort zur 2. Auflage

Aus durchsichtigen politischen Gründen weigern sich die Bundesregierung und die sozial-liberale Koalition bis heute, diese historisch bedeutsame Dokumentation offiziell zu veröffentlichen. Nach dem Erscheinen der ersten Auflage wandte sich der damalige sowjetische Botschafter in Bonn, Valentin Falin, an Bundeskanzler Schmidt und erinnerte diesen an das angebliche Bonner Versprechen, diese Dokumentation geheim zu halten. Die Ostblock-Medien reagierten mit heuchlerischer Empörung. So die polnische Nachrichten-Agentur PAP am 6. Juni 1975: „Diese unverschämte revisionistische Broschüre ist von einem Wilfried Ahrens herausgegeben. Das Vorwort wurde von dem wegen seiner reaktionären Ansichten bekannten CSU-Abgeordneten Graf von Stauffenberg, eines Nachkommen des Helden eines Anschlags auf das Leben Hitlers im Jahre 1944, geschrieben."

Die große Nachfrage nach authentischen Informationen über die Vertreibungsverbrechen hat eine neue Auflage dieser Dokumentation notwendig gemacht und wird hiermit vorgelegt.

Wilfried Ahrens, Januar 1979

Der Auftrag für eine Dokumentation von Vertreibungsverbrechen

und Definition der Begriffe

Das Bundesarchiv wurde am 16. Juli 1969 durch Erlaß des Bundesministers des Innern im Nachgang zu einer Kabinettsvorlage des Bundesministers für Vertriebene vom 6. März 1969 und zur Kabinettssitzung vom 25. Juni 1969 beauftragt, „das ihm und anderen Stellen vorliegende Material über Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die an Deutschen im Zuge der Vertreibung begangen worden sind, zusammenzustellen und auszuwerten".

Zur Vorgeschichte dieses Auftrages ist auf die Anfrage des Innenministeriums Baden-Württemberg — Hauptabteilung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte — vom 25. November 1966 zu verweisen, ob die Bundesregierung beabsichtige, eine Dokumentation der Vertreibungsverbrechen zusammenzustellen. Dabei wurden die Erörterungen einer eventuellen Strafverfolgung der Täter in vorangegangenen Justizministerkonferenzen erwähnt, gleichzeitig aber auch auf die damit verbundenen Schwierigkeiten verwiesen. Im Hinblick auf die von den Ostblockstaaten durchgeführten Erhebungen über deutsche Verbrechen während des 2. Weltkrieges wurde die Notwendigkeit einer Dokumentation betont. Darüber bestand bei der Erörterung der Anfrage des Innenministeriums Baden-Württemberg mit dem Auswärtigen Amt, den Bundesministerien des Innern, der Justiz und für Gesamtdeutsche Fragen, des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung mit dem vormaligen Bundesministerium für Vertriebene Übereinstimmung. Der Bundesminister der Justiz hatte betont, daß zu diesem Zeitpunkt die Schuldigen an den Verbrechen nicht mehr von den Justizbehörden zur Verantwortung gezogen werden könnten; daher komme nur eine historische Dokumentation der Vertreibungsverbrechen in Betracht. Da das Bundesarchiv über umfangreiche Sammlungen zur Dokumentation der Vertreibung verfügt, ergab sich daraus der vorerwähnte Auftrag. Das Bundesarchiv betonte die Möglichkeit der Bearbeitung und Auswertung des vorliegenden bzw. noch heranzuziehenden Materials unter dem Gesichtspunkt der an Deutschen begangenen Verbrechen, machte jedoch gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die Auswertungsergebnisse nicht als Material betrachtet werden könnten, um etwa fremden Darstellungen der an Deutschen während des 2. Weltkrieges begangenen Verbrechen zu begegnen. Die Dokumentation könne der historischen Forschung dienen und allenfalls auch Verwendung

finden, um aufzuzeigen, in welchem Ausmaß völkerrechtswidrige Verbrechen an der ostdeutschen Bevölkerung verübt worden sind, worüber unklare Vorstellungen zu bestehen schienen. Unter Berufung auf das Statistische Bundesamt war z. B. in der Fragestunde im Bundestag am 25. Oktober 1967 das Ausmaß der deutschen Opfer durch Verbrechen allein im Zuge der Austreibung mit mehr als 2 Millionen Menschen beziffert worden. Diese Zahl betrifft aber in der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Bevölkerungsbilanz für die Vertreibungsgebiete die ungeklärten Fälle, die dort zwar als Nachkriegsverluste bezeichnet werden, jedoch nicht ausschließlich Opfer völkerrechtswidriger Verbrechen umfassen. [1])

Der Begriff Vertreibung im Sinne des Erlasses ist in dem vorliegenden Bericht in seiner allgemein gültigen Deutung verstanden worden, d. h. er umfaßt nicht allein die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, sondern den Gesamtvorgang ihrer Entwurzelung. Dieser begann durch Fluchtbewegungen in der Endphase der Kriegshandlungen, durch Ausplünderung, Verelendung, Mißhandlung, Deportierung und Tötung verbliebener Bevölkerungsteile in der Zeit der Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete und vollendete sich schließlich durch die Ausweisung.

Das Geschehen in den einzelnen Vertreibungsgebieten ist in den einleitenden Darstellungen der einzelnen Bände der vom ehemaligen Bundesministerium für Vertriebene herausgegebenen „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ [2]) zusammenfassend dargestellt und durch die dort veröffentlichten Dokumente — bestehend

---

1) Die deutschen Vertreibungsverluste. Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 1958

2) Bd. I/1—2 Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, 1953
Bd. II Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, 1956
Bd. III Das Schicksal der Deutschen in Rumänien, 1957
Bd. IV Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, 1957
Bd. V Die Vertreibung der Deutschen aus Jugoslawien, 1962

fast ausschließlich aus Erlebnisberichten von Vertriebenen — nachgewiesen worden. Aus der Fülle der Berichte waren damals diejenigen ausgewählt worden, die als repräsentativ für das im betreffenden Vertreibungsgebiet jeweilige allgemeine Geschehen gelten konnten. Dem Bundesarchiv oblag nunmehr die Aufgabe, aufgrund der Erlebnisberichte sowie unter Hinzuziehung des umfangreichen Quellenmaterials, das außer diesem vorhanden ist, im einzelnen die an den in den Vertreibungsgebieten verbliebenen oder dorthin zurückgekehrten Bevölkerungsteilen verübten Gewalttaten und Unmenschlichkeiten zu ermitteln und in übersichtlicher Form zusammenzustellen, wofür die regionale und lokale Ebene als besonders geeignet erschien. Hierbei kam es vor allem auf die Ermittlung von Schwerpunkten an Vorkommnissen dieser Art im Sinne des Dokumentationsvorhabens an.

Der Begriff Verbrechen und Unmenschlichkeiten dürfte in erster Linie Handlungen umfassen, die an Leib und Leben von Menschen verübt worden sind. *) Andere völkerrechtswidrige Übergriffe, wie die Ausplünderung der in den Vertreibungsgebieten verbliebenen Deutschen in der Zeit nach Beendigung der Kampfhandlungen und bei ihrer Ausweisung, Brandstiftung, verübt durch Angehörige der Roten Armee in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße sowie Massendeportationen von Deutschen [3]) wurden in die Dokumentation einbezogen, sofern Lebensverluste der Betroffenen hiermit verbunden waren.

---

*) Die Entstehung des Auftrages war unsprünglich mit der Frage einer Strafverfolgung von an Vertreibungsverbrechen beteiligten Tätern verbunden. In der Fragestunde des Bundestages am 25. Oktober 1967 wurde in Verbindung mit dem Begriff Vertreibungsverbrechen auf die Opfer verwiesen, die ihr Leben dabei verloren hatten.

[3]) Als Deportationen in Ostdeutschland begannen, konnte Stalin die Zustimmung der Westmächte in der Konferenz von Jalta erlangen, daß die Sowjetunion nach dem Siege über Deutschland als einen Teil der ihr zugesprochenen Reparationen Arbeitskräfte von Deutschland nach Rußland schaffen könne. Diese interalliierte Abmachung gab eine Art Rechtsgrundlage, auf die sich die sowjetische Führung bei den Deportationen berufen konnte, obgleich sie erst erfolgte, nachdem in großem Ausmaß Deportationen ausgeführt worden waren. (Dokumentation der Vertreibung, Seite 79 E)

Quellenlage

Umfangreiches einschlägiges Quellenmaterial für diese Dokumentation liegt in den Sammlungen der Ostdokumentation des Bundesarchivs in Form von rd. 10 000 Erlebnisberichten zur Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa und von rd. 18 000 Gemeindeschicksalsberichten vor.

Die Sammlung Erlebnisberichte war größtenteils in den Jahren 1950 bis 1953 aufgrund eines Auftrages des Bundesministeriums für Vertriebene von hierfür gebildeten Arbeitskreisen angelegt worden.

Sie kam 1955 in das Bundesarchiv. In die Sammlung eingefügt wurden zwei kleinere Berichtssammlungen des Geheimen Staatsarchivs, Berlin-Dahlem, und des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf, je eine größere Sammlung des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen in Stuttgart und des Bayerischen Staatsministeriums des Innern. Auch von einzelnen Vertriebenen waren in der Folgezeit weitere Berichte dem Bundesarchiv eingesandt worden.

Die Berichte haben das persönliche Erleben der Verfasser zum Gegenstand. Sie geben u. a. Auskunft über Übergriffe und Gewalttaten, denen die deutsche Bevölkerung der Vertreibungsgebiete während und nach den Kampfhandlungen in der Heimat, in Gefängnissen und Lagern, bei Verschleppungen und Deportationen sowie bei der endgültigen Austreibung und schließlich bei Zwangsoptionen ausgesetzt war.

Das Material dieser Sammlung ist in seiner äußeren Form unterschiedlich. Neben den Erlebnisberichten im engeren Sinne sind auch Briefe, Vernehmungsniederschriften, Tagebuchauszüge usw. enthalten.

Weiteres Material, insbesondere zur Ermittlung des lokalen Geschehens, liegt in der Sammlung Gemeindeschicksalsberichte vor, durch die mit Hilfe eines Fragebogens eine systematische Erforschung des Geschehens in den einzelnen Gemeinden erstrebt worden ist. Sie wurde 1952 durch die vorher

erwähnten Arbeitskreise für die Sammlung von Erlebnisberichten begonnen, nachdem die für die Herausgabe des Werkes „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" gebildete wissenschaftliche Kommission zu der Erkenntnis gekommen war, daß bei dem Ausmaß des Geschehens von 1945 eine noch so große Anzahl von Erlebnisberichten weder für eine schlüssige, objektive Darstellung dieser Ereignisse noch zur Klärung der Zusammenhänge ausreichend sein würde. Die Sammlung ist in den Jahren 1954 bis 1959 im Bundesarchiv fortgesetzt worden.

Die Berichte schildern jeweils für eine Gemeinde innerhalb der früheren Reichsgrenzen und der 1939 in das Reich eingegliederten Gebiete die dortigen Geschehnisse zu Ende des Krieges bis zur Austreibung der Deutschen. In ihrer äußeren Form folgen sie dem einheitlichen Schema eines Fragebogens, der den Berichterstattern zugegangen war. Die unter laufenden Nummern gruppierten Fragen begannen mit solchen nach den Kampfhandlungen um die Gemeinden und in deren Nähe; es folgten Fragen über die Räumung und Flucht in allen ihren Erscheinungsformen und schließlich über das wechselvolle Erleben der zurückgebliebenen bzw. zurückgekehrten Ortsbewohner während und nach der russischen bzw. polnischen Besetzung bis zur endgültigen Vertreibung. Auch enthielten die Fragebogen spezielle Fragen, ob und welche Verbrechen während der Besetzung in den Gemeinden durch Erschießungen, Vergewaltigungen, Mißhandlungen vorgekommen sind, ob und auf welche Weise Personen der Gemeinden auf der Flucht umgekommen sind, Fragen über Verbringungen in Gefängnisse und Lager und über Verschleppungen. Für 85,2 % aller Gemeinden im Reichsgebiet ostwärts von Oder und Neiße liegen Berichte vor, ferner über die Mehrzahl der Gemeinden mit deutscher Bevölkerung in den dem Reich eingegliedert gewesenen Gebieten des polnischen Staates.

Auch für das Sudentenland und die deutschen Siedlungsgebiete in Südosteuropa wurden Gemeindeschicksalsberichte gesammelt, die sich jedoch nicht nur auf die Zeit bei und nach Abschluß der Kampfhandlungen beschränken sollten, sondern mit denen primär Angaben über das Geschehen in den Gemeinden von 1938 (Eingliederung des Sudentenlandes in das Reichsgebiet) bzw. 1941 (Beginn des Feldzuges gegen Jugoslawien) erfaßt werden sollten. Ihre Anzahl ist gegenüber der für diese Gebiete eingegangenen Erlebnisberichte gering.

Zwecks weiterer Ergänzung und kritischer Überprüfung der Erkenntnisse über das lokale Geschehen wurden in Einzelfällen sogenannte Seelenlisten, d. h. in den Nachkriegsjahren erstellte und gleichfalls im Bundesarchiv vorhandene Einwohnerlisten, hinzugezogen. Diese sind für Landgemeinden und kleine Stadtgemeinden in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße sowie für deutsche Siedlungen im Gebiet des polnischen Staates in den Jahren 1952 bis 1956 gefertigt worden. Es liegen im Bundesarchiv für rd. 12 100 Gemeinden Seelenlisten vor und zwar für die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden in den östlichen Reichsgebieten und für eine Anzahl von deutschen Siedlungen jenseits der östlichen Reichsgrenze. Sie wurden für die 1956 eingeleitete „Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten" zur Verfügung gestellt. Die Listen sind sehr unterschiedlich gefertigt worden. Die Mehrzahl beschränkt sich nur auf die Namen der Bewohner. Eine Anzahl jedoch enthält außerdem Angaben über das Alter und Berufe sowie Vermerke, wer von den Bewohnern Opfer von Erschießungen oder von Tötungen auf andere Weise geworden ist, teils unter Angabe des Zeitpunktes. Seelenlisten mit Angaben dieser Art waren für die Untersuchung des lokalen Geschehens sehr aufschlußreich.

Von an anderen Orten vorhandenen Quellen kamen in erster Linie verwandte Materialien in katholischen Diözesanarchiven in Betracht. Die Einsichtnahme in die entsprechenden Sammlungen von Erlebnisberichten bestätigten in der Regel die Auswertungsergebnisse der Unterlagen im Bundesarchiv. In einzelnen Fällen ergaben sich auch Ergänzungen. Insgesamt war die Überprüfung dieser Quellen geeignet, die Auswertungsarbeit im Bundesarchiv zu kontrollieren.

Quellenkritisch ist hervorzuheben:

Während die Erlebnisberichte vielfach detaillierte Schilderungen von Vorkommnissen und Umständen, unter denen jene geschehen waren, enthalten, aber auch Schlüsse auf hierbei wirksam gewesene Triebkräfte und Tendenzen zulassen, beschränken sich die Gemeindeschicksalsberichte meist in knapper Form auf die Beantwortung der gestellten Fragen. Sie aber lassen oft das Ausmaß von Übergriffen und Gewalttaten in den Gemein-

den deutlicher erkennen als die Erlebnisberichte — eine Anzahl ihrer Verfasser war bemüht, Auskünfte bei anderen Bewohnern ihrer Gemeinden einzuholen, um möglichst vollständig die gestellten Fragen zu beantworten. Gemeindeschicksalsberichte konnten zur Verifizierung von Aussagen in den Erlebnisberichten beitragen wie aber auch zu ihrer Ergänzung. Darüber hinaus konnten durch Gemeindeschicksalsberichte weitere Gemeinden ermittelt werden, in denen Gewalttaten zu verzeichnen waren, von deren Bewohnern jedoch kein Erlebnisbericht vorhanden ist.

Methodik der Dokumentation

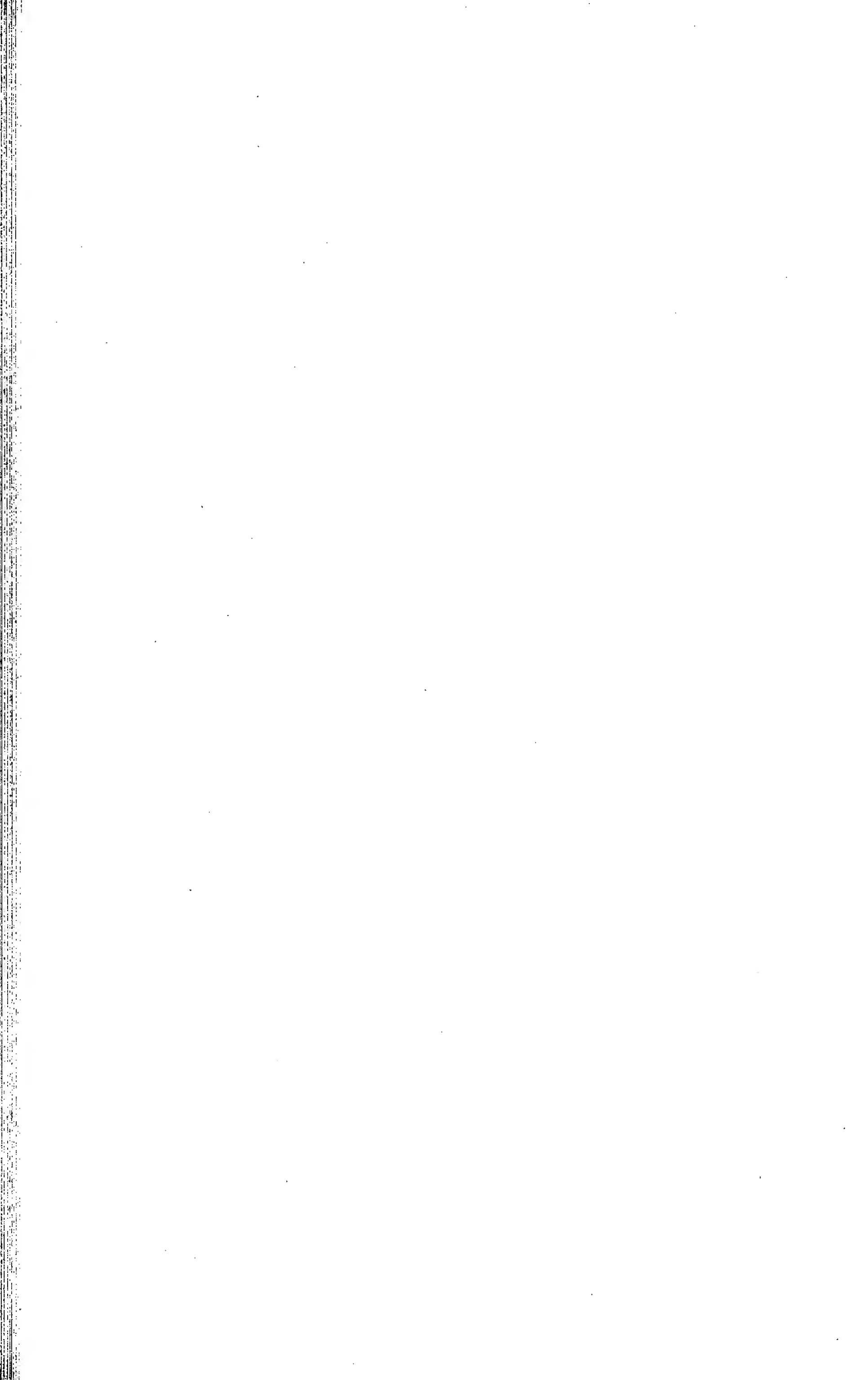
Aufgabe der Aufbereitung des Quellenmaterials war die systematische Erfassung der Einzelvorfälle, deren Zusammenfassung für größere Verwaltungseinheiten und deren quellenkritische Überprüfung.
Im einzelnen wurden für die verschiedenen Vertreibungsgebiete Auswertungsbögen für die Stadt- und Landkreise bzw. für Jugoslawien nach Bezirken angelegt. Darin wurden im Zuge der Sichtung der Ausgangsmaterialien Vermerke über die in den einzelnen Gemeinden, auf Straßen, in Gefängnissen und Lagern verübten Gewaltakte eingetragen. Dabei wurden Tötungen von Personen (jeweils unter Angabe des Ausmaßes der Einzelaktion und gegebenenfalls mit Nennung zur Beurteilung wichtig erscheinender Umstände), krasse Fälle von Vergewaltigungen von Frauen, schwere Mißhandlungen, Verschleppungen (soweit über deren Ausmaß und Todesopfer nähere Angaben ersichtlich sind) berücksichtigt. Ferner wurde in den Auswertungsbögen vermerkt, durch wen die Gewalttaten und Übergriffe verübt worden sind, z. B. ob sowjetische Einheiten, NKWD, polnische oder tschechische Miliz oder Zivilpersonen genannt werden. Namentliche Angaben über Täter ergaben sich aus dem Berichtsmaterial relativ selten; auszunehmen sind jedoch Nachrichten über Ereignisse in Lagern.
Aus den Auswertungsbögen ergaben sich konkrete Hinweise auf Schwerpunkte des Geschehens. Als solche wurden im vorliegenden Bericht z. B. Gemeinden verstanden, wo mehr als zehn Personen der zurückgebliebenen Bevölkerung getötet wurden. Soweit die Überlieferung für Schwerpunkt-Geschehnisse ausreichend verifiziert und durch paralleles Quellenmaterial belegt ist, wurden diese Nachrichten für gesonderte Zusammenstellungen vorgesehen.
Generell wurde versucht, in einer Quelle geschilderte Vorkommnisse mindestens durch eine parallele Erwähnung an anderer Stelle zu vergleichen und damit zu überprüfen. Sind Geschehnisse nur durch eine einzige Aussage überliefert, während sie in anderen Berichten über die betreffende Gemeinde nicht erwähnt werden, wurden sie als zweifelhaft vermerkt, es sei denn, daß besondere Umstände für die Glaubwürdigkeit

gerade dieser Aussage vorlagen. Gibt es kein weiteres Material über die betreffende Gemeinde außer dem Bericht, der jene Aussage enthält, so war zu prüfen, ob und in welcher Weise der Berichtende den von ihm geschilderten Vorgang selbst miterlebt oder ob er das, was er berichtete, nur aus drittem Munde erfahren hatte und etwa eine spätere Legendenbildung einen Einfluß gehabt haben könnte. Auch war neben der Person des Berichterstatters die Art der Darstellung zu berücksichtigen. Sachliche, präzise, nicht emotional überladene Schilderungen von Vorkommnissen tragen zu deren Glaubwürdigkeit bei. Die von der mit der Publikation der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" betrauten wissenschaftlichen Kommission für die kritische Überprüfung des Berichtsmaterials erarbeiteten Richtlinien fanden auch hier Anwendung. [4])

Die Dokumentation stützt sich auf die Ergebnisse der Aufarbeitung und, von Fall zu Fall, kritischen Überprüfung des vorliegenden Berichtsmaterials. Mit der Berichterstattung über die Ergebnisse der Erhebungen wird versucht, Erkenntnisse über das Ausmaß der Vertreibungsverbrechen zu präzisieren. Gleichzeitig werden Nachrichten über die Hintergründe des Geschehens, wo solche aus dem Quellenmaterial zu erschließen waren, mit aufgenommen. Besonders aufschlußreiches Material lag dazu über sowjetische Gewalttaten in den Gebieten östlich von Oder und Neiße vor. In diesen Gebieten war auch die weitaus überwiegende Anzahl der Opfer zu verzeichnen.

[4]) Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. I/1, S. III f

Gebiete östlich von Oder und Neiße



Sowjetische Gewalttaten; Hintergründe

Als Verbrechen und Unmenschlichkeiten im Sinne dieser Dokumentation, verübt durch die Rote Armee an Deutschen in den östlichen Reichsgebieten und deutschen Siedlungsgebieten Zentral- und Westpolens sind Erschießungen und Tötungen auf andere Weise von Zivilpersonen sowie Vergewaltigungen von Frauen zu betrachten. Erschießungen von gefangenen Soldaten und Volkssturmmännern sind bei der Aufarbeitung des Quellenmaterials ebenfalls registriert worden, obgleich sie nicht unmittelbar zu den an Deutschen „im Zuge der Vertreibung" begangenen Verbrechen gehören. Hinzugefügt werden muß, daß die Erschießung von Volkssturmmännern, wenn sie etwa in Zivil, ohne Armbinden, ohne Ausweise wie z. B. im Kreis Gnesen an Kämpfen beteiligt waren, als Partisanen erfolgt ist. [5])

Eine summarische Betrachtung der Gewalttaten ist in der bereits zitierten einleitenden Darstellung des 1953 erschienen Bandes I/1 der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" aufgrund der damals erfolgten Sichtung von Erlebnisberichten enthalten. [6]) Das nunmehr hinzugezogene weitere Material bestätigt im allgemeinen das damals gewonnene Gesamtbild; es trägt jedoch zu seiner Ergänzung und Differenzierung erheblich bei.

Verübt wurden jene sowjetischen Gewalttaten insbesondere durch militärische Einheiten der 1., 2. und 3. Weißrussischen Front, zu deren Operations- und Besatzungsgebieten Ostpreußen, Pommern und das östliche Brandenburg sowie die vom Reich annektiert bzw. besetzt gewesenen zentralen und westlichen Gebiete des polnischen Staates einschl. des Gebietes der Freien Stadt Danzig gehörten, und der 1. Ukrainischen Front, die die südlichen Gebiete Polens und Schlesiens eroberte und besetzte. Ferner war an Gewalttaten die NKWD beteiligt. Aufgrund sowjetischer

---

[5]) Ostdok. 1/96/61

[6]) Dokumentation der Vertreibung Bd. I/1, Seite 60—67 E

militärgeschichtlicher Literatur [7]) sowie von Lagekarten des Militärarchivs des Bundesarchivs lassen sich die bei der Eroberung der Gebiete eingesetzt gewesenen größeren militärischen Einheiten zum Teil bis etwa Regimentsstärke ermitteln, zu denen außer den eigentlichen Kampftruppen auch jene Einheiten gehört haben dürften, die sich zumindest in den ersten Tagen der Eroberung von Kreisen und Städten dort aufhielten. Insbesondere in jenen Tagen der Besetzung kam es zu schwersten Ausschreitungen gegenüber der Zivilbevölkerung, wie sich aus dem Berichtsmaterial ergibt.

Überwiegend erscheinen die Gewalttaten als rein willkürliche Übergriffe der Angehörigen der sowjetischen Truppenteile. Sie wurden in der zitierten summarischen Darstellung des Bandes I/1 der Dokumentation der Vertreibung verschiedenartigen Triebkräften und Motiven zugeschrieben. Es wurde aber auch bereits vermerkt, daß die durch sowjetische Soldatenzeitungen, Flugblätter und Rundfunksendungen vor Beginn der Offensive gegen die deutschen Gebiete und in den ersten Wochen der Eroberung an die Truppen gerichteten Aufrufe, Rache und Vergeltung an den deutschen Okkupanten zu nehmen, in Rechnung zu stellen sind. [8])

Sehr aufschlußreich erscheinen hierzu die folgenden Ausführungen in dem sowjetischen Werk „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges“, das z. Zt. der Veröffentlichung der Dokumentation der Vertreibung noch nicht vorlag. Darin heißt es:

---

[7]) Genannt sei insbesondere das Werk „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941—1945“, herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Moskau 1963, Bd. V.
In deutscher Übersetzung erschienen beim Deutschen Militärverlag, Berlin 1967

[8]) Dieses wurde Papieren entnommen, die bei einem deutschen Gegenangriff im Gebiet Königsberg in einem sowjetischen Regimentszimmer erbeutet wurden und sich in Übersetzung unter dem Material zur Dokumentation der Vertreibung im Bundesarchiv befinden, sowie der Schrift des ehem. Offiziers der Roten Armee Sabik-Wogulow: „W pobejdennoi Germanij“ (Im besetzten Deutschland) 1947. Hierin heißt es: „In diesen Hetzartikeln und Flugblättern wurden die Schrecken, die die Henker Hitlers verbreiteten, eingehend geschildert und ausgemalt, so daß der russische Soldat der Meinung war, die Deutschen seien nur ausgemachte Schurken, Gauner und Verbrecher und daß es in ganz Deutschland keinen einzigen Deutschen gibt, den man nicht als seinen Feind betrachten müßte.“

„Eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit war nach wie vor die Erziehung zum glühenden Haß gegen die faschistischen Okkupanten. Die Kommandeure und Politarbeiter begriffen sehr wohl, daß man keinen Feind besiegen kann, wenn man ihn nicht aus vollster Seele haßt. In Flugblättern und Zeitungsartikeln wurden die Verbrechen der faschistischen Eroberer auf sowjetischem und polnischem Boden beschrieben. Die Familien vieler Militärangehöriger hatten unter der faschistischen Okkupation gelitten. Im 252. Gardeschützenregiment der 83. Gardeschützendivision der 11. Gardearmee gab es 158 Soldaten und Offiziere, deren Familienangehörige von den Faschisten gequält oder ermordet worden waren, 56 Soldaten, deren Familien nach Deutschland verschleppt, 162 Soldaten, deren Angehörige obdachlos gemacht waren und 293 Soldaten, deren Familien der häuslichen Habe und des Viehs beraubt worden waren. Zorn und Haß glühten in den Herzen der Soldaten, als sie die ehemaligen faschistischen Todeslager in Litauen, Ostpreußen und Polen betraten oder Berichte von Sowjetmenschen hörten, die der faschistischen Sklaverei entronnen waren."

An gleicher Stelle wird vorangehend die Durchführung der Indoktrination der sowjetischen Truppen geschildert:

„Vor dem Angriff verstärkten neue Kader die Politorgane. Bei den Politabteilungen der Divisionen, Korps und Armeen wurden Reserven von Parteiarbeitern geschaffen. Aus den rückwärtigen Truppenteilen und der Reserve kamen die besten Kommunisten und Komsomolzen in die Partei- und Komsomolorganisationen der Kampfeinheiten, besonders der Schützen- und Maschinengewehrkompanien. So wurden über 300 Kommunisten in die Kampfeinheit der 28. Armee der 3. Belorussischen Front versetzt.

Bei der 2. und der 3. Belorussischen Front machten die Kommunisten und Komsomolzen fast die Hälfte des gesamten Personalbestandes aus. In der 28. Armee erhöhte sich in den sechs Wochen vor dem Angriff die Mitgliederzahl der Partei- und Komsomolorganisationen durch die Neuaufnahmen um 25 bis 30 Prozent. Allein in der 372. Schützendivision der 2. Stoßarmee der 2. Belorussischen Front wurden in einem Monat bei den Parteiorganisationen 1 583 Aufnahmeanträge abgegeben. Die Leiter der

Politabteilungen der Divisionen und Brigaden händigten die Parteimitgliedsbücher teilweise in den vordersten Stellungen aus . . .[9])"

Nach diesen auch an anderer Stelle belegten Informationen waren Schützen- und Maschinengewehrkompanien in besonderem Maße mit Kommunisten und Komsomolzen durchsetzt. Es dürften jene Truppenteile gewesen sein, vor denen, wie mehrfach berichtet wird, die in den Ortschaften Verbliebenen wie auch Flüchtlinge durch deutschsprechende Angehörige sowjetischer Panzereinheiten gewarnt wurden: „Die nach uns kommen sind schlecht" oder „Nach uns kommen Stalin-Schüler". [10])

Was die herkunftsmäßige Zusammensetzung der Truppenteile der sowjetischen Heeresgruppen anbetrifft, so ist über die 2. Weißrussische Front bekannt, daß zu dieser 53 000 Soldaten gehörten, die aus den von Deutschland besetzt gewesenen Gebieten der Sowjetunion stammten, vermutlich in erster Linie Weißrutheniens, ferner über 10 000, die aus der Gefangenschaft befreit worden waren, sowie 39 000 aus Lazaretten entlassene und 20 000, die aus rückwärtigen Truppenteilen und Einrichtungen kamen. [11])

Dem Berichtsmaterial ist zu entnehmen, daß unter den Besatzungseinheiten auch Soldaten mongolischer Abstammung gewesen sind. Sie dürften zu den im obigen Zitat erwähnten Soldaten aus rückwärtigen Truppenteilen und Einrichtungen gehört haben. Ihnen werden bei der Besetzung der Städte wie z. B. Königsberg und Elbing besonders wilde Ausschreitungen zugeschrieben. Daß dies verbreiteten zeitgenössischen Behauptungen zufolge dem besonderen Temperament und ihrer Mentalität zuzuschreiben sei, muß selbstverständlich dahingestellt bleiben. In der Mehrzahl werden sie in den Gebieten Sibiriens beheimatet gewesen sein, wo die kommunistische Partei der Sowjetunion stets über stärkere Stützpunkte verfügt hat, so daß für die Tätigkeit der Politorgane jene Soldaten besonders zugänglich gewesen sein dürften.

---

[9]) Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941—1945. Deutsche Ausgabe Bd. V, Seite 123, 124 (s. Anmerkung 7).

[10]) Ostdok. 2/27/133,
Ostdok. 2/13/36 u. a.

[11]) Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges. Deutsche Ausgabe Bd. V, Seite 123 (s. Anmerkung 7)

Die Propagierung des Hasses gegen die faschistischen Okkupanten aber wirkte sich dahingehend aus, daß Soldaten und Offiziere der Roten Armee, soweit sie unter dem Einfluß der Politorgane standen, bei der Besetzung der Reichsgebiete zunächst unterschiedslos in jedem Deutschen, ob Mann oder Frau, ob Greis oder Kind, einen Faschisten sehen mußten. [12])

Hierbei wird auch der an sich unbegründete Verdacht, die von den sowjetischen Truppen in ihren Heimatorten angetroffenen Deutschen seien als Partisanen mit geheimem Auftrag zurückgelassen worden, von Einfluß gewesen sein; dieser leitete sich von der Errichtung des Volkssturmes sowie von den Ankündigungen der deutschen Propaganda über die Schaffung des „Werwolfes" her und war sicher auch von der Partisanentätigkeit beeinflußt, die die Sowjets in Rußland gegenüber den deutschen Truppen entfaltet hatten. [13]) Darauf lassen Verhöre von verhafteten Personen schließen. Von erheblicher Bedeutung für das Vorgehen der sowjetischen Truppen gegenüber der Bevölkerung war schließlich die Handlungsfreiheit, die den Truppen nach Besetzung eines Gebietes von der sowjetischen Führung für eine gewisse Zeit gewährt wurde. [14]) Gesteigert wurde die

---

[12]) In Übersetzung liegt dem Bundesarchiv folgender Abschnitt aus dem 1. Teil des Buches von Ilja Ehrenburg „Wojna" (Der Krieg) April 1942 bis März 1943, erschienen im Staatsverlag für schöne Literatur OGIS, Moskau 1943 vor:
„Wir wissen alles. Wir erinnern uns an alles. Wir haben begriffen: die Deutschen sind keine Menschen. Von nun ab ist das Wort „Deutscher" für uns der allerschrecklichste Fluch. Von nun ab entladet das Wort „Deutscher" das Gewehr. Wir werden nicht reden. Wir werden uns nicht empören. Wir werden töten. Wenn du im Laufe des Tages einen Deutschen nicht getötet hast, ist dein Tag verloren. Wenn du denkst, daß dein Nachbar für dich einen Deutschen tötet, dann hast du die Bedrohung nicht erkannt. Wenn du den Deutschen nicht tötest, wird der Deutsche dich töten. Er holt deine Nächsten und wird sie in seinem verfluchten Deutschland quälen. Wenn du den Deutschen mit der Kugel nicht töten kannst, töte den Deutschen mit dem Seitengewehr. Wenn es auf deinem Frontabschnitt ruhig ist, wenn du auf den Kampf wartest, töte den Deutschen vor dem Kampf. Wenn du den Deutschen leben läßt, wird der Deutsche einen russischen Menschen erhängen und eine russische Frau schänden. Wenn du einen Deutschen getötet hast, töte noch einen — es gibt für uns nichts Lustigeres, als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Wehrsten. Zähle nur eins: die von dir getöteten Deutschen. Töte den Deutschen! — das bittet die alte Mutter. Töte den Deutschen! — das fleht das Kind. Töte den Deutschen! — das ruft die Heimaterde. Verfehle nicht das Ziel. Laß ihn nicht entgehen. Töte!"
Es ist überliefert, daß Ehrenburg Mitarbeiter der sowjetischen Frontzeitung „Roter Stern" gewesen ist. In einem dieser Artikel, auf den in der sowjetischen

Brutalität des Vorgehens durch Alkoholeinfluß, unter dem die sowjetischen Einheiten häufig standen. Reichliche Vorräte waren bei der Flucht in den Brennereien und Kellereien verblieben.

Daß etwa das Ausmaß der Übergriffe mit der Intensität der vorangegangenen Kampfhandlungen in Verbindung stand, läßt sich allgemein nicht nachweisen. Eine Anzahl von Gemeinden, die als Schwerpunkte des Geschehens zu verzeichnen sind, waren kampflos besetzt worden. Auch waren in einzelnen Kreisen, in denen der deutsche Widerstand relativ gering war, eine größere Anzahl an Schwerpunkten und Übergriffen gegenüber der Bevölkerung festzustellen als in solchen, in denen harte Kämpfe stattgefunden hatten. Für das Ausmaß der Übergriffe war auf Grund der vorliegenden Materialien vielmehr in erster Linie entscheidend, in welchem Umfang eine Evakuierung der Kreise stattgefunden hatte bzw. in welchem Umfang zurückgebliebene oder auf der Flucht befindliche Bevölkerungsteile dort angetroffen wurden.

---

noch 12)

Zeitung „Prawda" vom 14. 4. 1945 Nr. 89 Bezug genommen wird, hatte Ehrenburg geschrieben, daß es kein Deutschland gäbe, sondern nur eine „kolossale Bande". In der „Prawda" heißt es, hieraus wäre die Folgerung zu ziehen, daß die ganze Bevölkerung Deutschlands das Schicksal der Hitler-Clique teilen muß. Zu diesem Zeitpunkt (Mitte April 1945!) weist aber die Prawda darauf hin, daß Ehrenburg nicht die öffentliche Sowjetmeinung vertritt. Die Rote Armee kämpfe für die Liquidierung der hitlerischen Armee des Hitlerstaates, der Hitlerregierung, aber niemals sei ihr die Aufgabe gestellt oder würde ihr gestellt, das deutsche Volk zu vernichten.

Dieser Artikel in der „Prawda" dürfte etwa zur gleichen Zeit erschienen sein, als bei den Truppen ein von Marschall Shukow unterzeichnetes Flugblatt verbreitet wurde, das die Aufforderung enthielt, das Morden, Brandschatzen und Vergewaltigung deutscher Frauen zu unterlassen, nachdem die sowjetischen Stäbe sich der Gefahr bewußt waren, daß das bisherige zügellose Verhalten der Besatzungstruppen zu einer Demoralisierung der Armee führte (nach der Schrift des ehem. Offiziers der Roten Armee Sabik-Wogulow „W pobejdennoi Germanij" (Im besetzten Deutschland), 1947, Seite 18).

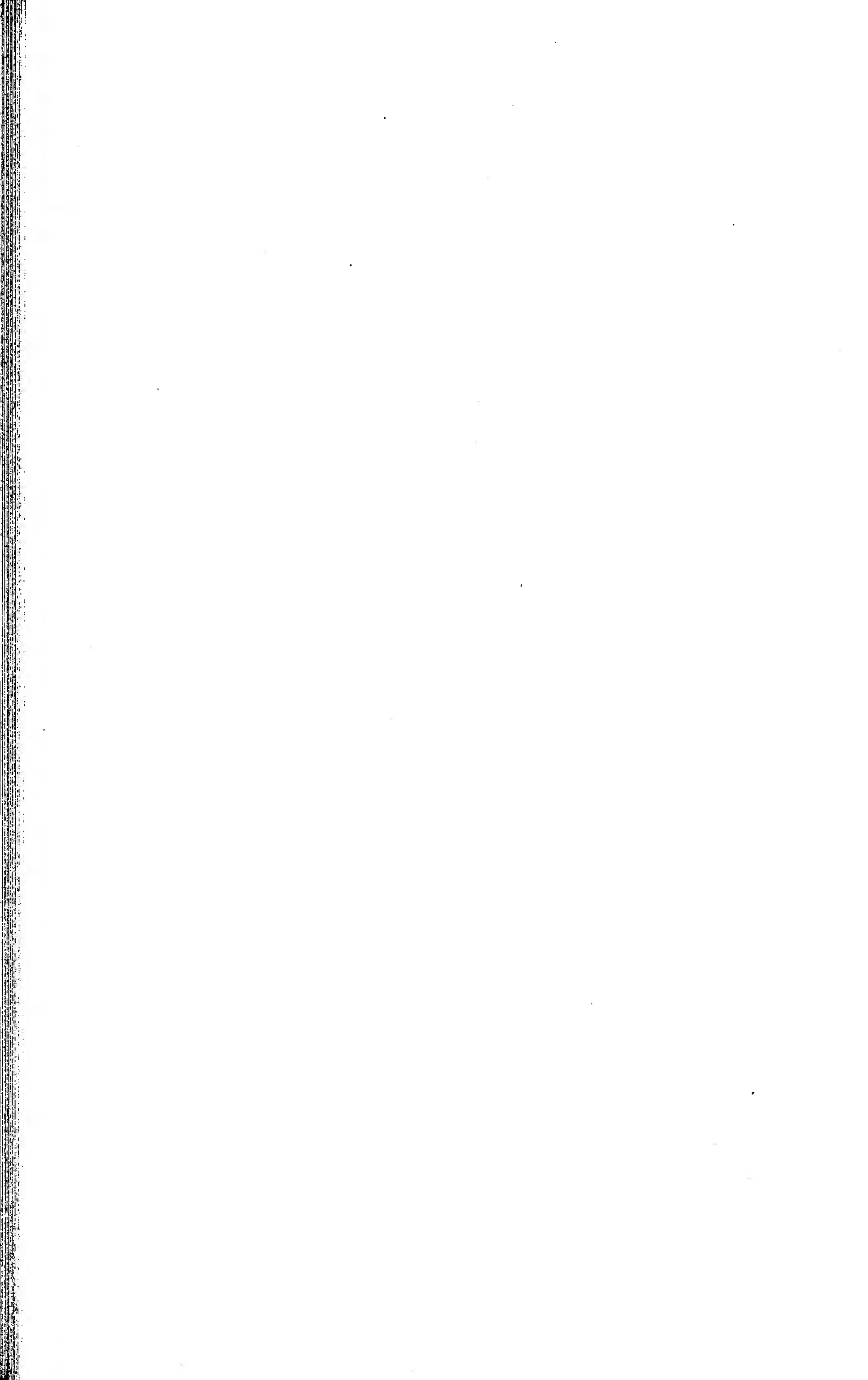
13) Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. I/1, Seite 64 E

14) Hierauf beriefen sich Soldaten und Offiziere, wie einzelnen Berichten zu entnehmen ist. Auch nach Äußerung eines weißruthenischen Emigranten, der Kontakt zu sowjetischen Offizieren hatte.

Die Frage, wieweit sich die einzelnen Formationen hinsichtlich ihres Vorgehens gegenüber der Bevölkerung voneinander unterschieden, kann z. Zt. nur hinreichend beantwortet werden, daß dem Berichtsmaterial zufolge Angehörige von Panzerverbänden im allgemeinen Gewaltakte an zurückgebliebener Bevölkerung in den Gemeinden nicht verübt haben. Was die Nachschubtruppen anbetrifft, so war ihr Vorgehen gegenüber der deutschen Bevölkerung im allgemeinen zumindest in der ersten Zeit der Besetzung unterschiedslos durch Gewalttaten gekennzeichnet, auch in den südlichen Teilen Schlesiens, die erst am Tage der Kapitulation besetzt worden sind, wenn dort auch das Ausmaß der Gewalttaten geringer gewesen ist als in Ostpreußen. Zuweilen gelang es einzelnen Offizieren und Soldaten, die Gewaltmaßnahmen ablehnten, das Vorgehen sowjetischer Einheiten gegenüber der Bevölkerung zu mildern bzw. einzelne Gewalttaten zu verhindern.

In den dem Reich eingegliederten oder vom Reich besetzt gewesenen Gebieten des polnischen Staates wurden die gleichen Übergriffe wie in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße an zurückgebliebenen oder auf der Flucht befindlichen Personen verübt, sobald diese als Deutsche erkannt bzw. von Polen als solche bezeichnet worden waren. Polen machten sich durch weiß-rote Kokarden erkenntlich. Sie wurden von sowjetischen Einheiten aufgefordert, auf Deutsche aufmerksam zu machen.[15]) In Einzelfällen wird berichtet, daß Deutsche bei Polen Unterkunft und Schutz vor sowjetischen Übergriffen fanden.

[15]) z. B. Ostdok. 2/51/52 u. 67



Tötung von Zivilpersonen

Gemäß Definition werden in diesem Bericht u. a. Erschießungen und in anderer Weise erfolgte Tötungen von Zivilpersonen als Verbrechen und Unmenschlichkeit verstanden. Im Untersuchungsgebiet ereigneten sich diese während der Fluchtbewegungen, in den Heimatorten während der Besetzung oder auf Verschleppungsmärschen durch militärische Einheiten, während sie in Gefängnissen vornehmlich durch Angehörige des NKWD verübt wurden.

Auf der Flucht befindliche Personen wurden Opfer sowjetischer Tieffliegerangriffe, sowjetischer Panzer- und nachfolgender Infanterieeinheiten, sowie in Gemeinden, wo Flüchtlingsgruppen vorübergehend Aufnahme gefunden hatten, sowjetischer Besatzungstruppen. Daneben ist an die Torpedierung der Flüchtlingstransporte in der Ostsee zu erinnern.

Es liegt auf der Hand, daß bei diesen Vorgängen Kriegshandlungen und Verbrechen im Sinne dieser Dokumentation nicht immer scharf voneinander getrennt werden können. Nach Aussage eines abgeschossenen sowjetischen Tieffliegers bei seinem Verhör bestand ein Befehl, auf Kolonnen zu schießen, da dort Soldaten zu vermuten waren. [16]) Daß dies zutraf, wird durch mehrere Berichte bestätigt. [17]) Die Torpedierung von deutschen Flüchtlingsschiffen war zwar völkerrechtswidrig; jedoch standen diese Schiffe unter dem Geleit der deutschen Kriegsmarine. Sowjetische Panzer, die den Befehl hatten, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt bestimmte Ziele zu erreichen, haben auf den Straßen Flüchtlingstrecks überrollt, die ihnen nicht ausweichen konnten, indem sie durch die Wagenreihen rasten, wobei die Wagen in Gräben geschleudert wurden und es eine Anzahl von Toten und Verletzten gab. Schwere Verluste hatten die Trecks ferner, wenn sie in Gefechte zwischen sowjetischen und deutschen Truppen gerieten. Auch wurden Flüchtlingskolonnen von Panzern unter Beschuß genommen. Soweit dieses in der Dämmerung geschah, kann es allenfalls als Kriegshand-

---

[16]) Ostdok. 2/31, Seite 5

[17]) Ostdok. 2/32, Seite 45 u. a.

lung gedeutet werden, da möglicherweise von den Panzern aus nicht zu erkennen war, ob es sich etwa um militärische bzw. Volkssturmeinheiten handelte.

Die uneingeschränkt als Übergriffe zu bezeichnenden Handlungen begannen damit, daß Schützen von Panzern absprangen und die Flüchtlinge ihrer Wertsachen beraubten. Durch die den Panzern folgenden Einheiten wurden die Trecks auf Waffen hin untersucht. Hierbei wurden aber die Wagen ausgeplündert, vielfach wurden die Pferde ausgespannt. Wesentlicher Teile ihres Hab und Gutes beraubt, wurden dann die ausgeplünderten Flüchtlinge in ihre Heimatorte zurückgeschickt.

Wie aus Augenzeugenberichten allgemein zu entnehmen ist, wurden aber auch bei den Trecks befindliche Männer erschossen und Frauen vergewaltigt. In Schilderungen Geflüchteter über die Rückkehr in ihre Heimatorte wird berichtet, daß viele erschossene Männer wie aber auch Leichen von Frauen, die, wie deutlich an heruntergerissener Kleidung zu bemerken war, vergewaltigt worden waren, an den Straßen und in Gräben lagen. Die Aussagen lassen vermuten, daß die auf den Straßen an den Flüchtlingen verübten Gewalttaten ein erhebliches Ausmaß und zwar insbesondere bei dem Vordringen der Roten Armee in Ostpreußen gehabt haben. In ebenfalls erheblicher Anzahl sind Flüchtlinge ferner in Gemeinden und auf Gütern, wo sie Zuflucht gesucht hatten, erschossen worden oder in Feldscheunen und Forsthäusern, die von sowjetischen Soldaten in Brand gesteckt wurden, verbrannt worden. Erlebnis- und Gemeindeschicksalsberichte enthalten hierauf zahlreiche Hinweise, auch werden öfters Angaben über die Anzahl der getöteten Flüchtlinge in Landgemeinden gemacht, wo die betreffenden Vorkommnisse leichter überschaubar waren als in Städten. Bei einem Vergleich der Angaben in Seelenlisten, wo natürlich nur in der Gemeinde Ansässige verzeichnet sind, mit denen in Erlebnis- und Gemeindeschicksalsberichten ergibt sich, daß in den Berichten meist höhere Zahlen an Getöteten vermerkt sind, als sie sich aus den Seelenlisten der betreffenden Gemeinden ergeben, da in den Berichten auch nicht in der Gemeinde ansässige Getötete, soweit überschaubar, in die hier genannten Zahlen einbezogen worden sind. Namen und Heimatorte von getöteten Flüchtlingen sind jedoch nur dann zu ersehen, wenn diese aus derselben Gemeinde wie der Verfasser des Berichts oder aus einer

Nachbargemeinde stammten. Die meisten der auf der Flucht Getöteten sind in den Berichten namenlos geblieben. In den Seelenlisten ihrer Gemeinden findet sich bei ihren Namen entweder der Vermerk „auf der Flucht umgekommen" oder kein Vermerk, d. h. das Schicksal ist nicht geklärt.

Über die Vorgänge in den Gemeinden bei ihrer Besetzung durch Einheiten ergibt das Quellenmaterial folgendes:

Sowjetische Panzer, die in den Gemeinden erschienen, haben diese, wie allgemein berichtet wird, schnell wieder verlassen. Ihnen folgende Formationen besetzten unmittelbar darauf Städte und größere Landgemeinden, wo Kommandanturen gebildet wurden; von dortaus wurden in den nächsten Tagen Kommandos in die kleineren Landgemeinden entsandt.

Soldaten und auch Offiziere drangen in die Häuser ein. Soweit sie deren Bewohner noch vorfanden, verlangten sie zunächst Uhren und andere Wertgegenstände, stürzten sich hemmungslos auf Frauen, um sie zu vergewaltigen, wobei weder Kinder noch Greisinnen verschont wurden. Sie schossen sie nieder, sofern sie sich wehrten, ebenso Ehemänner und Väter, die sie zu schützen versuchten. In dieser Weise vollzogen sich nach den Aussagen im Berichtsmaterial in den ersten Tagen nach der sowjetischen Besetzung die Mehrzahl der Erschießungen oder Tötungen auf andere Weise durch Dolchstiche und Erschlagen, denen eine große Zahl, möglicherweise sogar die Mehrzahl der Menschen, die durch die sowjetischen Truppen einen gewaltsamen Tod gefunden haben, zum Opfer fiel.

Es wurden nicht, wie es in der einleitenden Darstellung zur „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" heißt, [18]) „von den Erschießungen durch einrückende sowjetische Truppen zunächst vor allem Personen betroffen, die exponierte Parteistellen innehatten oder bestimmten nationalsozialistischen Organisationen angehörten" und die offenbar durch die den sowjetischen Truppeneinheiten beigegebenen politischen Kommissaren aufgespürt worden waren. Befanden sich doch unter den in den Gemeinden Zurückgebliebenen nur noch selten Personen, die exponierte Stellungen bekleidet hatten. In der Mehrzahl waren es Menschen:

— die nicht mehr hatten fliehen können, da die Räumung ihrer Gemeinden zu spät oder überhaupt nicht angeordnet worden war, oder

[18]) Band I/1, Seite 63 E

— Bewohner von Stadtgemeinden, für deren Räumung nur begrenzte Transportmöglichkeiten mit der Eisenbahn bestanden, oder
— Personen, die nicht fliehen wollten, wie vielfach Frauen, deren Männer bei der Wehrmacht waren und die sich mit ihren Kindern nicht von zu Hause entfernen wollten, oder
— körperlich Behinderte und alte Menschen, die die Strapazen der Flucht befürchteten;
— in Landgemeinden blieben aber auch Bauern zurück, die sich von dem ererbten Hof nicht trennen wollten.

Jedoch nicht nur Bauern auf ihren Höfen, deren Stellung als jene „grundbesitzender Kapitalisten" mißverstanden werden mochte, wurden Opfer der Gewalttaten in Landgemeinden. So weisen z. B. die Seelenlisten von 10 Landgemeinden der ostpreußischen Kreise Neidenburg, Osterode, Ortelsburg, Braunsberg, die Alters- und Berufsangaben sowie Daten über den Zeitpunkt von Erschießungen bzw. Erschlagungen enthalten, von 176 getöteten Bewohnern — es handelt sich um 108 Männer, 63 Frauen, 5 Kinder — 47 über 70 Jahre alte Personen aus, darunter meist Rentner bzw. Rentnerehepaare. Die anderen Getöteten mittleren und jüngeren Alters waren teils Bauern, teils Arbeiter und Handwerker bzw. deren Familienangehörige.

Abgesehen von wiederholten Hinweisen, daß die Tötungen im Zusammenhang mit dem Vorgehen sowjetischer Soldaten gegenüber den Frauen standen, befinden sich nur hin und wieder im Berichtsmaterial Angaben über besondere Anlässe, die zu Erschießungen führten. So wird berichtet, daß Unternehmer oder Gutsbesitzer erschossen wurden, die gefangene Russen beschäftigt hatten [19]) oder Familien, weil ein Soldat im Haus oder auf dem Hof entdeckt wurde oder eine Waffe, sei es ein Jagdgewehr oder Revolver, oder weil eine Uniform, ein alter Orden oder in einem Buch ein Führerbild entdeckt wurde. [20]) Aus dem Kreis Marienburg/Westpreußen wird berichtet, daß bei Waffenfunden die betreffenden Häuser in Brand gesteckt wurden; Soldaten umstellten sie, um zu verhindern, daß sie von den Bewohnern verlassen wurden. [21]) Ebenfalls aber fielen Personen in

[19]) Ostdok. 1/91/221

[20]) Ostdok. 1/91/221, 2/72/62—64, 2/31/75, 2/72/501

[21]) Ostdok. 1/88/156

derselben Weise Verbrennungen zum Opfer, die sich in einzeln gelegenen von sowjetischen Soldaten angezündeten Gehöften, Forsthäusern oder Feldscheunen versteckt hielten. Wie wiederholt den Berichten zu entnehmen ist, gingen die Täter besonders brutal gegen ihre Opfer vor, wenn sie unter Alkoholeinfluß standen.

Während über das Ausmaß der Tötungen in Landgemeinden im Quellenmaterial größtenteils übereinstimmende Angaben vorliegen, divergieren diese zum Teil erheblich in den Berichten über das Geschehen in städtischen Gemeinden. Selbst in kleinen Landstädten konnte der einzelne kaum das Gesamtgeschehen übersehen, in größeren Städten war dieses für ihn überhaupt nicht möglich. Neben der Darstellung überschaubarer Vorkommnisse, die natürlich für die Beurteilung des Geschehens wichtig sind, heißt es vielfach nur allgemein, daß bei und in den ersten Tagen nach der Besetzung einer Stadt überall Schüsse zu hören waren. Einzelne Berichtende, die dann zum Aufräumen der Straßen und Beerdigung der Toten herangezogen wurden, machen Angaben über die Zahl der von ihnen selbst Beerdigten, unter denen sich aber auch durch Tieffliegerangriffe vor der Besetzung oder durch Artilleriebeschuß Umgekommene befunden haben können. Andere Berichterstatter geben um ein Vielfaches höhere Zahlen an, wobei sie sich nicht selten auf Hörensagen beziehen bzw. in der Zeit umlaufenden Gerüchten erlagen. Um diese kritisch zu bewerten, ist der Rückgriff auf das für ein Kreisgebiet insgesamt überlieferte Material erforderlich gewesen, ohne daß jedoch in jedem Einzelfall die Angaben im Detail präzisiert werden konnten.

Einzelne Erschießungen und Erschlagungen beim Eindringen von Angehörigen sowjetischer Truppen in Häuser und Wohnungen fanden auch noch in den der ersten Besatzungszeit folgenden Wochen statt, wogegen jedoch seitens der Kommandanturen nach und nach eingeschritten wurde. Die örtlichen Militärkommandanten suchten dann auch schon zur Erhaltung der Disziplin bei den eigenen Truppen die deutsche Bevölkerung vor polnischen Übergriffen zu schützen; dabei spielte freilich auch der aufkeimende Gegensatz zwischen sowjetischen und polnischen Gruppen eine Rolle.

Opfer von Tötungen wurden ferner Personen auf Verschleppungsmärschen in die Sammellager. Sie wurden erschossen oder erschlagen, wenn sie er-

schöpft niedersanken, worüber es eine Anzahl von Belegen gibt. [22]) Namen von Getöteten werden jedoch nur dann angegeben, soweit diese aus Heimatorten der Berichtenden stammten. Das Berichtsmaterial läßt vermuten, daß die Anzahl der Opfer dieser Gewalttätigkeiten nicht unerheblich gewesen ist, ohne daß dazu präzisierende Zahlenangaben gemacht werden können.

Ebenso wenig läßt sich das Ausmaß der Tötungen in Verbindung mit den in den Wochen und Monaten nach der Besetzung vom NKWD teils sehr willkürlich durchgeführten Verhaftungen überblicken. Die Verhafteten wurden in Gefängnisse oder in sogenannte GPU-Keller verbracht und tage- und wochenlangen Verhören unter Bedrohung mit Schußwaffen unterworfen. Es fanden hier schwerste Mißhandlungen, in Einzelfällen mit Todesfolge, statt, um von den Verhafteten eine Unterschrift zu erzwingen, daß sie einer Parteiorganisation angehört haben, wie dieses durch zahlreiche Aussagen übereinstimmend überliefert ist. Die meisten der Verhafteten sind, wie dem Berichtsmaterial zu entnehmen ist, in die Arbeitslager der Sowjetunion verschleppt worden. Offenbar handelte es sich um Personen, die die von ihnen geforderte Unterschrift geleistet haben. Andere, von denen eine Erklärung über eine Zugehörigkeit zu NS-Organisationen trotz der Folterungen nicht zu erlangen war, wurden schließlich entlassen. Ausreichende Aussagen zur Klärung der Frage, ob Exekutionen bei bzw. nach den Verhören stattgefunden haben, waren im Berichtsmaterial nicht zu ermitteln. [23])

---

[22]) z. b. Ostdok. 2/31/38—41, 2/68/523
2/ 4/184 ff. 2/68/184
2/ 7/ 96 ff.

[23]) Nach einer erst kürzlich bekannt gewordenen Aussage vor einer Dienststelle zur Betreuung der Flüchtlinge bei der Kreisverwaltung Wesermünde eines der Bezirksbürgermeister von Königsberg/Pr., die hier nach der sowjetischen Besetzung eingesetzt wurden, soll auf dem früheren Erich Koch-Platz am 20. 6. 1945 eine Exekution von über 1 000 Menschen stattgefunden haben, der auch der Berichterstatter nach seinen Angaben beigewohnt hat. In keinem der mehr als 100 Berichte über die Vorgänge in Königsberg/Pr. wird jedoch diese Exekution erwähnt.

Vergewaltigungen

Aussagen über Vergewaltigungen von Frauen enthalten fast alle Berichte. Die Erkenntnisse, die bereits bei der Veröffentlichung der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" aufgrund des damals gesichteten Berichtsmaterials zusammengefaßt wurden, sind in der einleitenden Darstellung zu Band I/1 jenes Werkes abgedruckt.[24]) Die Aufarbeitung des gesamten weiteren Quellenmaterials bestätigt diese Tatbestände:

Es handelt sich bei den Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere nicht etwa um Einzelfälle, sondern um ein Massenvergehen. Sie sind als eine der grauenhaftesten völkerrechtswidrigen Gewalttaten zu verzeichnen.

Sie haben in massenhaftem Ausmaß bei und nach der Besetzung der östlichen Reichsgebiete stattgefunden, auch in den Kreisen, die erst nach der Kapitulation der Wehrmacht besetzt wurden. Fast allerorts sind sie durch Soldaten und Offiziere der sowjetischen Nachschubformationen verübt worden, vielfach bereits bei deren Begegnung mit Trecks auf den Landstraßen. Sie vollzogen sich oft in brutalster und schamlosester Weise, insbesondere, wenn die Täter unter Alkoholeinfluß standen. Nicht verschont blieben Schwangere, Minderjährige, Insassinnen von Altersheimen, Schwestern in Krankenhäusern und in Klöstern. Viele Frauen mußten in vielfacher Folge nacheinander Vergewaltigungen erdulden, selbst bis zur Todesfolge. Auch wurden Frauen nach den Vergewaltigungen getötet und ihre Leichen in sadistischer Weise geschändet. Viele Frauen sind durch Geschlechtskrankheiten infiziert worden. In erheblicher Anzahl haben die Frauen Selbstmord verübt, um den wiederholten Vergewaltigungen zu entgehen.

Seitens der sowjetischen Kommandanturen ist zumindest in der ersten Zeit der Besetzung gegen die Vergewaltigungen nicht eingeschritten worden. Aber auch später hatten dort erhobene Klagen der Bevölkerung

---

[24]) Seite 60 E ff.

nur wenig Erfolg. Nur durch das persönliche Eingreifen einzelner sowjetischer Soldaten und Offiziere konnten in Einzelfällen Vergewaltigungen verhindert werden.

Das Ausmaß, das die Vergewaltigungen insbesondere in der ersten Zeit der Besetzung annahmen, dürfte vor allem auf die Handlungsfreiheit zurückzuführen sein, die den sowjetischen Truppen gewisse Zeit gewährt worden war. [25]) Hinsichtlich der Art und Weise, in der die Vergewaltigungen vor sich gingen, dürften Auswirkungen der Tätigkeit der Politorgane, die bei den Truppen maßlosen Haß gegen den Feind geschürt hatten, unverkennbar sein.

[25]) Im Berichtsmaterial wird mehrfach erwähnt, daß sich sowjetische Soldaten und Offiziere auf einen diesbezüglichen Stalinbefehl beriefen (z. B. nach Ostdok. 2/68/414, Ostdok. 2/172/88). Nach Ostdok. 2/179/81 riet ein deutschsprechender sowjetischer Soldat der Kampftruppen in Freystadt/Schlesien Bewohnern, alle noch jüngeren Frauen und Mädchen nunmehr versteckt zu halten, da diese auf Befehl von Stalin den sowjetischen Soldaten „zur Verfügung stehen" würden.

Weitere Unmenschlichkeiten

Tausende von Todesopfern forderten die unmenschlichen Verhältnisse in den sowjetischen Lagern und großen Gefängnissen. Als Beispiele seien hier angeführt das Lager Pr. Eylau und das Zentralgefängnis in Graudenz. Im Lager Pr.Eylau verstarben nach übereinstimmender Überlieferung ca. die Hälfte von 12 000 bis 14 000 Insassen im Jahre 1945 an Hungertyphus und anderen durch Hunger verursachten Krankheiten.[26]) Im Zentralgefängnis Graudenz, das 1945 als sowjetischer Gewahrsamsort für Deutsche diente, starben von ca. 8 000 Insassen ca. 5 000 an Ruhr und Flecktyphus.[27]) Unter unmenschlichen Verhältnissen fanden auch die meist mehrere Wochen dauernden Transporte in die Lager der Sowjetunion in kalten Waggons bei völlig unzureichender Verpflegung statt. Eine größere Anzahl der Verschleppten sind hierbei an Erschöpfung umgekommen.[28]) Die Anzahl der in die Sowjetunion als „Reparationsverschleppte" sowie „Vertragsumsiedler" verbrachten Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße dürfte nach den Erhebungen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes mehr als 400 000 Menschen betragen haben,[29]) wovon

---

[26]) Ostdok. 2/20/405 ff.
Ostdok. 2/36/229 f.

[27]) Ostdok. 2 Anhang

[28]) z. B. Ostdok. 2/15/61 ff., Ostdok. 2/24/9 ff., Ostdok. 2/51/43

[29]) K. W. Böhme: „Gesucht wird . . .", München 1965, Seite 261 ff. Es heißt hier über die Verschleppungen in die Sowjetunion, daß die „Reparationsverschleppten" mit weit über 500 000 an erster Stelle standen. Davon stammten aus den deutschen Siedlungsgebieten in Südosteuropa rund 115 000, so daß sich für diese Gruppe aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße mehr als 385 000 ergeben würden. Hinzu kämen rund 30 000 „Vertragsumsiedler", d. h. Volksdeutsche, die aufgrund der deutschsowjetischen Verträge von 1939/40, als ihre Heimatgebiete dem sowjetischen Territorium einverleibt wurden, nach Deutschland umgesiedelt waren. Sie wurden 1945 in die Eismeerregionen und in die Gebiete beiderseits des Urals umgesiedelt, wobei etwa 30 bis 40 % um ihr Leben kamen. Ferner wird eine Zahl von 270 000 „Zwangsrepatriierten" angegeben, d. h. Rußlanddeutsche, die während des Krieges aus Gebieten der Sowjetunion in der Mehrzahl in die vom Reich annektierten Gebiete Polens umgesiedelt worden waren. Über die Zahl der Todesfälle dieser Gruppe liegt keine Schätzung vor.

nur ca. 55 % überlebten. Demnach wären in den Lagern der Sowjetunion und auf den Transporten ca. 200 000 verstorben. Die Schätzung des Deutschen Roten Kreuzes findet im Berichtsmaterial dadurch eine Bestätigung, daß es in Berichten über einzelne Gemeinden heißt, die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung im Alter von 18 bis 50 oder sogar bis 60 Jahren sei nach Rußland verschleppt worden. Auch ist in einzelnen Berichten überliefert, daß sogar weniger als 50 % der gemeinsam mit den Berichtenden Verschleppten Deportationen überlebt haben. [30])

Sehr hohe Sterbequoten waren nach der sowjetischen Besetzung in den Städten durch Entkräftung und Erschöpfung der verbliebenen Bewohner infolge geringster Lebensmittelzuteilungen zu verzeichnen, [31]) während noch vorhandenes Vieh von den Besatzungseinheiten abgetrieben und Lebensmittelvorräte beschlagnahmt worden waren.

---

[30]) Ostdok. 2/15/61 ff.
Ostdok. 2/24/ 9 ff.

[31]) So verstarben nach Angaben des Leiters des Seuchenkrankenhauses in Königsberg/Pr. von rund 100 000 nach der Besetzung Königsbergs Verbliebenen von April 1945 bis März 1947 75 000 Menschen; einbegriffen sind in diese Zahl auch Ermordete (Wilhelm Stalinger: „Grenzen der Sowjetmacht" mit einem Bericht der deutschen Seuchenkrankenhäuser York und St. Elisabeth über das Leben und Sterben in Königsberg von 1945 — 1947, Würzburg 1955, Seite 38, 53 = Beiheft IX zum Jahrbuch der Albertus Universität Königsberg/Pr.).

Gewalttaten und Unmenschlichkeiten verübt durch Polen

Die von Polen gegenüber in den deutschen Siedlungsgebieten Polens und den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße verbliebenen Deutschen verübten Gewalttaten standen im Zeichen eines Vergeltungswillens für Unrechtstaten, die die polnische Bevölkerung während der deutschen Besatzungszeit erfahren hatte. Dabei kamen durchaus auch blinde nationalistisch gestimmte Haßgefühle zum Ausdruck. Opfer dieser Ausschreitungen wurden Deutsche schlechthin, auch dann, wenn sie keineswegs überführt worden waren, einen Anteil an Unrechtstaten in Polen während der deutschen Besatzungszeit gehabt zu haben. Täter waren in der Mehrzahl Angehörige einer willkürlich zusammengestellten Miliz, in geringerer Anzahl Zivilpersonen, die im Zusammenhang mit Plünderungen Deutsche überfielen.

Die Gewalttaten setzten größtenteils im Zuge einer Verhaftungswelle ein, die aufgrund von Dekreten des polnischen kommunistischen Komitees der Nationalen Befreiung — ab 1. 1. 1945 von der Sowjetunion als vorläufige Regierung Polens anerkannt — durchgeführt wurde. Genannt sei hier das Dekret vom 4. 11. 1944, das Sicherungsmaßnahmen gegen Verräter der Nation enthält, wobei als Verräter der Nation jeder polnische Staatsbürger galt, der während der deutschen Besatzungszeit entweder seine Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder seine deutsche Abstammung erklärt oder von den Rechten und Privilegien der Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder der deutschen Abstammung Gebrauch gemacht hat. Dieses Dekret diente der Legalisierung der Massenverhaftungen bei ansässigen Deutschen in den Gebieten Zentralpolens und der polnischen Westgebiete, wo unmittelbar nach deren Eroberung durch die Rote Armee die Verwaltung an polnische Behörden überging. Ein vorangegangenes Dekret vom 31. 8. 1944 über die „Strafzumessung für faschistisch-hitlerische Verbrecher“ bildete die Grundlage für die Massenverhaftungen in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße und dem Gebiet der Freien Stadt Danzig, nachdem hier die Verwaltungsübernahme durch Polen ab Frühjahr 1945 begonnen hatte.

Als völkerrechtswidriges Massenvergehen stehen im Vordergrund des Berichtsmaterials die gegenüber den Deutschen bei ihrer Verhaftung, in den

Gefängnissen und nach der Internierung in ein Arbeitslager verübten Ausschreitungen. Die Gewaltakte bestanden vorwiegend in Mißhandlungen brutalster, teils sadistischer Art mit Peitschen, Gummiknüppeln oder Gewehrkolben, teils bis zur Todesfolge, ferner in willkürlichen Erschießungen und Erschlagungen wie auch Vergewaltigungen von Frauen. Dem Berichtsmaterial nach, ist kaum ein einziger Verhafteter und Internierter Mißhandlungen entgangen. Wieviele Menschen hiervon betroffen wurden, läßt sich nur in rohen Umrissen erkennen. Nach den vorliegenden Unterlagen sind in die größten Lager Potulice Krs. Bromberg, Grunowo Krs. Lissa, Sikawa bei Lodz, Lamsdorf im Kreis Falkenberg/Oberschlesien allein mindestens 80 000 Deutsche verbracht worden.[32]) Insgesamt aber bestanden in den Gebieten östlich von Oder und Neiße 1 255 Lager und 227 Gefängnisse, die dem Gewahrsam von Deutschen dienten.[33]) Dabei ist jedoch auch darauf hinzuweisen, daß eine Anzahl dieser Lager nur eine kürzere Zeit bestanden bzw. bis zu 100 Insassen hatte. Insassen aufgelöster Lager kamen vielfach in die oben angeführten großen Sammellager und wurden von dort aus zur Arbeit „vermietet". Ferner waren Tausende von Deutschen in Gefängnissen inhaftiert.

Deutsche, die im Vorkriegspolen gelebt hatten, waren gemäß dem vorher zitierten Dekret vom 4. 11. 1944 einschließlich Kinder und Säuglinge ohnehin in überwiegender Mehrzahl als „Verräter der Nation" in Zwangsarbeitslager gekommen. In den meisten Erlebnisberichten der im Vorkriegspolen ansässig gewesenen Deutschen, soweit sie nach Abschluß der Kriegshandlungen weiterhin dort gelebt haben, wird von Aufenthalten in Gefängnissen und Lagern berichtet. Die Ergebnisse der polnischen Volkszählung vom 14. 2. 1946[34]) weisen in den Gebieten Vorkriegspolens rund 212 000 Personen als anerkannte Deutsche aus, daneben rund 223 000 Personen, die für ein Rehabilitierungsverfahren vorgesehen waren, d. h. Menschen, die sich während der deutschen Besatzungszeit zum Deutschtum bekannt hatten und die Möglichkeit einer Rehabilitation wahrnehmen

---

[32]) Ost-Dok. 2/Anhang

[33]) Im einzelnen aufgeführt in Bd. III der Zivilverschollenenliste des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes — Skizzenblätter — zusammengestellt 1962—1963

[34]) Rocznik Statystyczny (Statistisches Jahrbuch) 1947, herausgegeben vom Statistischen Hauptamt der Republik Polen

wollten. Wurde diese abgelehnt, so erfolgte ebenfalls die Einweisung in ein Lager. Hiernach müßten allein mehr als 200 000 Deutsche, die in den Gebieten Vorkriegspolens gelebt hatten, der unmenschlichen Behandlung in den Lagern und Gefängnissen ausgesetzt gewesen sein.
Desgleichen enthalten aber auch zahlreiche Berichte von Vertriebenen aus den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße Angaben über Internierung in Gefängnissen und Lagern. Von der o. a. Gesamtzahl der Gefängnisse und Lager waren 119 Gefängnisse und 681 Lager in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße gelegen, von denen das größte und berüchtigste Lamsdorf in Oberschlesien gewesen ist, wo, wie der deutsche Lagerarzt bestätigte, mehr als 8 000 Menschen interniert gewesen sind. [35]) Immerhin dürften auch in diesem Gebiet Zehntausende Menschen in Gefängnissen und Lagern Ausschreitungen ausgesetzt gewesen sein.
Nicht möglich ist es aber, auch nur annähernd zu einer Schätzung der Anzahl der Personen zu gelangen, deren Tod auf Ausschreitungen in Gefängnissen und Lagern zurückzuführen ist. Sehr unterschiedlich sind aber auch die Todesquoten über die einzelnen Lager. Sie differieren zum Teil zwischen 20 und 50 % der Insassen, die zwar vorwiegend als Folge von Seuchen und Krankheiten, verursacht durch unzureichende Ernährung (Hungertyphus), unhygienische Zustände zu verzeichnen waren, die aber auch in nicht unerheblicher Anzahl Todesopfer durch Mißhandlungen und Erschießungen umfaßten. Im Lager Lamsdorf kamen z. B. 6 048 der Insassen um. Unter anderem wird berichtet, daß alte, nicht mehr arbeitsfähige Menschen, die sich unter den Internierten befanden, nicht allein durch Aushungern, sondern auch durch Erschießungen beseitigt wurden. Über die Anzahl der Kinder, die längere oder kürzere Zeit in Lagern waren, liegen für die Lager Lamsdorf und Potulice genauere Angaben vor. Insgesamt sollen hiernach in jedem dieser Lager 800 Kinder gewesen sein, davon auch Säuglinge, deren Anzahl in Potulice zwischen 30 und 50 wechselte. In einem kurzen Zeitabschnitt blieben von 50 Säuglingen in Potulice nur zwei am Leben. [36]) Zu den in Verbindung mit dem Lagergeschehen dar-

[35]) Heinz Esser: Die Hölle von Lamsdorf — Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager, herausgegeben von der Landsmannschaft der Oberschlesier e. V., 1969

[36]) Ost-Dok. 2/51/99
Ost-Dok. 2/209/36, 37

gestellten Unmenschlichkeiten gehört auch die Verbringung von Kindern der Internierten, ohne daß die Eltern verständigt wurden, wodurch eine große Anzahl von Kindern für die Eltern verschollen blieb. [37])
Aber auch in den Heimatgemeinden ist ein größerer Personenkreis durch Erschießungen und Erschlagen betroffen worden. Die unmittelbar nach der Eroberung Zentral- und Westpolens durch die Rote Armee hier eingesetzte polnische Miliz beteiligte sich in den dortigen deutschen Siedlungsgebieten an der Erschießung von Deutschen durch sowjetische militärische Einheiten und setzte sie fort, wie dieses insbesondere in dem Berichtsmaterial über zentralpolnische Gebiete zum Ausdruck kommt. In den Reichsgebieten waren es zunächst polnische Partisanengruppen, die in Gemeinden einzelne Personen erschossen. Mißhandlungen wurden Personen vielfach bei Durchsuchungen ihrer Wohnungen durch die Miliz oder in den sogenannten Prügelstuben der Gemeindemiliz oder bei Ausplünderungen durch polnische Zivilisten ausgesetzt. Besonders schwere Mißhandlungen auch mit Todesfolge mußten Bewohner von Gemeinden erleiden, in deren Nähe Massengräber von KZ-Insassen, von russischen Kriegsgefangenen oder Ostarbeitern aufgefunden wurden. Die Bewohner von Gemeinden wurden gezwungen, die Gräber aufzugraben und die Leichen zu exhumieren, was unter Stock- und Peitschenhieben geschah. In Niederschlesien wurden Bewohner einzelner Gemeinden gezwungen, diese zu verlassen und zwei bis drei Tage geschlossen auf einen sogenannten „Elends"- oder „Adolf-Hitler-Marsch" unter Bewachung von Miliz geschickt. Menschen, die den Anstrengungen nicht gewachsen waren, wurden dabei mißhandelt sowie auch getötet. Bei der Rückkehr in die Gemeinden waren die Wohnungen ausgeplündert. [38]) Zu Mißhandlungen und Erschießungen kam es ferner in Gemeinden bei der Austreibung der Bevölkerung insbesondere zu Beginn der Austreibung im Sommer 1945 aus dem Gebiet des östlichen Brandenburgs sowie aus den westlichen Kreisen Ostpommerns und Niederschlesiens. Schließlich sind die brutalen Mißhandlungen zu erwähnen, die, wie dem Berichtsmaterial über das südliche Ostpreußen zu entnehmen ist, dort an Personen verübt wurden, die sich weigerten, der an sie gerichteten Forderung, für Polen zu optieren, nachzukommen.

---

[37]) Ost-Dok. 2/51/99 [38]) Ost-Dok. 2/203/404

Zum Ausmaß des Geschehens

Das Berichtsmaterial läßt zwar das Ausmaß der an der deutschen Zivilbevölkerung in den Gebieten östlich von Oder und Neiße verübten Gewalttaten in Umrissen erkennen, die Aufstellung einer genauen Statistik ist hiernach jedoch nicht möglich. Es war aber nicht das Ziel der Berichtssammlungen, Personenschicksale zu klären, sondern im Vordergrund stand die Frage nach dem Geschehen in den Vertreibungsgebieten. Nur ein Teil der Berichte enthält Angaben über die Anzahl von Personen, die einen gewaltsamen Tod durch Erschießungen oder auf andere Weise in Gemeinden erlitten haben, nur zum Teil werden auch Namen genannt. In anderen Berichten dagegen finden sich nur allgemein gehaltene Hinweise über Erschießungen von „vielen" oder „einer Anzahl" von Personen, insbesondere in Berichten über größere Gemeinden, wo es für den einzelnen nicht möglich gewesen ist, das Gesamtgeschehen zu überblicken. In weiteren Berichten wiederum heißt es, daß an einer meist näher bezeichneten Landstraße viele Leichen gesehen worden waren und aufgrund bestimmter Anzeichen zu vermuten war, daß hier Gewalttaten verübt worden sind. Auch war es für den einzelnen nicht möglich, das gesamte Geschehen in einem Gefängnis oder in einem größeren Lager zu übersehen, sofern es sich nicht etwa um Berichtende handelte, die an bestimmten Stellen der Lagerverwaltung eingesetzt waren.

Im Rahmen der Aufarbeitung des diesem Bericht zu Grunde liegenden Materials wurden für das Gebiet östlich von Oder und Neiße insgesamt rund 3 250 Tatorte ermittelt. Nach den Angaben über 2 620 Tatorte ergibt sich eine Zahl von insgesamt rund 23 200 Personen, die allein in ihren Heimatorten oder auf der Flucht gewaltsam getötet wurden. Für 630 Tatorte aber liegen keine genaueren Zahlen der Todesopfer vor; es ist nur überliefert, daß dort eine größere, jedoch nicht genau zu bestimmende Anzahl von Personen getötet worden ist.

Der Klärung von Personenschicksalen dagegen dienten die „Seelenlisten" (siehe Nr. 1.2, Seite 9). Von einer Auswertung der gesamten Seelenlisten wurde im Rahmen dieser Dokumentation abgesehen — nur einzelne wurden für die kritische Überprüfung der Erlebnisberichte herangezogen —,

da die Auswertung im Rahmen der 1953 bis 1964 vom Kirchlichen Suchdienst mit Unterstützung durch den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes und des Bundes der Vertriebenen durchgeführten Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten erfolgt ist. In dem im Bundesarchiv vorliegenden Dokumentationsmaterial befinden sich daneben folgende Ergebnisse jener Auswertung von Seelenlisten, die einen besonders guten Prozentsatz hinsichtlich des Grades der Vollständigkeit der erfaßten Einwohner und Angaben über deren Schicksal enthalten. Sie betreffen:

1. 455 Landgemeinden Ostpreußens mit 152 124 Einwohnern im Jahre 1939. Von den 1945 zurückgebliebenen Einwohnern wurden 1 731 Menschen gewaltsam getötet.

2. 432 Landgemeinden Pommerns mit 137 709 Einwohnern im Jahre 1939. Von den zurückgebliebenen Einwohnern wurden 1 278 Menschen gewaltsam getötet.

Die wissenschaftliche Kommission für die Herausgabe der Dokumentation der Vertreibung errechnete hiernach, daß 2 bis 3 % der zurückgebliebenen Bevölkerung in den Gebieten östlich von Oder und Neiße erschossen oder auf andere Weise umgebracht wurden und kam zu einer Schätzung von 75 000 bis 100 000 Menschen.[39])

Bezogen auf die gesamte deutsche Bevölkerung der Reichsgebiete östlich von Oder und Neiße mit ca. 9,6 Millionen Einwohnern im Jahre 1939 ergibt sich eine Gesamtzahl der 1945 Getöteten von ca. 96 000 Personen.

Es könnte der Einwand erhoben werden, daß dieser Schätzung nur Untersuchungen über Landgemeinden zugrunde liegen. Demgegenüber wäre jedoch zu betonen, daß die Städte größere Möglichkeiten für Verstecke boten, um Ausschreitungen hierdurch zu entgehen, so daß letztlich die auf der aus Landgemeinden stammenden Quellengrundlage errechneten Prozentsätze durchaus repräsentativ sein dürften. Die Zahl von 96 000 Getöteten entspricht im übrigen der Größenordnung der von der Kommission für die Herausgabe der Dokumentation der Vertreibung errechneten

[39]) Dokumentation der Vertreibung Bd. I/1, Seite 65 E

Angaben.[40]) Sie wäre dennoch nur als Mindestzahl zu betrachten, da in den für diese Schätzung herangezogenen Seelenlisten rund 4 000 Zivilvermißte verzeichnet sind. Auch unter diesen Vermißten sind vermutlich u. a. Personen, die einen gewaltsamen Tod erlitten haben.

In den deutschen Siedlungsgebieten außerhalb der Reichsgrenzen vor 1939 östlich von Oder und Neiße kam es zu den gleichen Gewaltakten an Zurückgebliebenen oder auf der Flucht befindlichen Personen wie in den Reichsgebieten (vgl. Seite 20); teils wurden die Flüchtlinge in den Gemeinden der Reichsgebiete überrollt und teilten das Schicksal der dort Verbliebenen. Es erscheint daher nicht als abwegig, für die Opfer gewaltsamer Handlungen wie in den Reichsgebieten ebenfalls 1 % der ursprünglichen deutschen Bevölkerung anzusetzen. Dieses wären bei einem Stand

---

[40]) Die o. a. Landgemeinden hatten im Jahre 1939 insgesamt 289 833 Einwohner. Von den Zurückgebliebenen wurden 3 009 Personen getötet, also ca. 1 % der ursprünglichen Gesamtbevölkerung. Auch nach dem aufgearbeiteten Berichtsmaterial erscheinen die Gebiete Ostpreußens und Pommerns als repräsentativ für die Schätzung eines durchschnittlichen Prozentsatzes an gewaltsam Getöteten im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung der Reichsgebiete östlich von Oder und Neiße.

[41]) In „Dokumentation der Vertreibung“ Bd. I/1, Seite 7 E wurde die altansässige deutsche Bevölkerung außerhalb der Reichsgrenzen vom 31. 12. 1937 (Polen, Danzig, Memelland) mit 1 312 000 und die Zahl der Umsiedler mit 353 000 errechnet. Für die Zahlen über die deutsche Bevölkerung in den annektierten Gebieten Polens wurde hier der „Kleine Umsiedlungsspiegel“, herausgegeben vom Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, zitiert. Es wurde darauf hingewiesen, daß als alteingesessene deutsche Bevölkerung dabei nur die in die Volkslisten I und II aufgenommenen Volksdeutschen gelten. Die alteingesessene deutsche Bevölkerung im Reichsgau Wartheland wurde hier mit 230 000 und die Ost-Oberschlesiens mit 238 000 angegeben.
Demgegenüber weisen die „Kleine Umsiedlungsspiegel“ vom Juli 1942, Februar 1943 und Januar 1944 im Bundesarchiv — Aktenbestand Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums R 49/87 — für die in die Abt. I und II aufgenommenen Personen im Reichsgau Wartheland und in Ost-Oberschlesien höhere Zahlen auf. Sie betragen für den Reichsgau Wartheland 410 000 und für Ost-Oberschlesien 298 000. Die in der „Dokumentation der Vertreibung“ Bd. I/1 errechnete Zahl für die alteingesessene deutsche Bevölkerung wäre um diese Differenz von 240 000 zu erhöhen, so daß sich als Gesamtzahl für die alteingesessene deutsche Bevölkerung und die während des Krieges angesiedelten Umsiedler in den deutschen Siedlungsgebieten außerhalb der Reichsgrenzen vom 31. 12. 1937 1,9 Millionen ergibt.

von 1944 der alteingesessenen Bevölkerung und der während des Krieges eingesiedelten Umsiedler von rund 1,9 Millionen 19 000 Deutsche.[41])

Indessen ist zu beachten, daß der Prozentsatz der in den Gebieten außerhalb der Reichsgrenzen von 1937 verbliebenen bzw. nach dem Weichseldurchbruch von den sowjetischen Truppen überrollten Bevölkerung um ca. 20 % wesentlich höher lag als der Durchschnitt in den später besetzten Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße.[42]) Es muß daher vermutet werden, daß sich die Zahl von 19 000 Personen noch erhöht und mit mehr als 20 000 Getöteten sicher nicht als zu hoch angesetzt ist.

Für das gesamte Vertreibungsgebiet östlich von Oder und Neiße, das heißt für die Reichsgebiete wie die eingegliederten und besetzten polnischen Gebiete, ergibt sich aus den einzelnen angegebenen Schätzungen der Opfer eine Gesamtzahl von mehr als 120 000 gewaltsam getöteten Menschen, wobei die weitaus überwiegende Zahl den Übergriffen sowjetischer Truppen zuzuschreiben ist.

Bei der Würdigung des Ausmaßes des Geschehens ist auch hier noch einmal der Opfer polnischer und sowjetischer Ausschreitungen und der unmenschlichen Verhältnisse in Lagern und Gefängnissen zu gedenken (vgl. Seite 29, 34). Nach den o. a. Schätzungen befanden sich allein in polnischen Lagern und Gefängnissen vermutlich 200 000 oder mehr Menschen bei Todesquoten von 20 bis 50 %. Dies würde bedeuten, daß hier 40 000 bis 100 000, sicher aber mehr als 60 000 Menschen umgekommen wären. In den sowjetischen Lagern Nordostpreußens, wo sich nach Schätzungen des Deutschen Roten Kreuzes 110 000 Personen befanden,[43]) und in Gefängnissen, die 1945 als sowjetische Gewahrsamsorte für Deutsche in anderen Teilen der Gebiete östlich von Oder und Neiße dienten (vgl. Seite 29), dürften Todesquoten in gleicher Höhe wie in den polnischen Lagern zu verzeichnen gewesen sein. Damit erhöht sich die Zahl der Opfer

---

[42]) Dokumentation der Vertreibung Bd. I/1. Seite 123 E. Hier wird angenommen, daß etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung in den Gebieten. die vor dem Kriege zum polnischen Staat gehört hatten. in ihren Heimatorten verblieben oder nach mißglückter Flucht dorthin zurückkehrten.

[43]) K. W. Böhme: „Gesucht wird . . .". München 1967. Seite 261

auf mehr als 100 000 Menschen, die in Lagern und Gefängnissen umgekommen sind.

Schließlich ist noch an die Gesamtzahl von ca. 200 000 Menschen zu erinnern, die auf Grund von Schätzungen des Deutschen Roten Kreuzes Opfer der Deportationen in die UdSSR geworden sind (vgl. Seite 30).

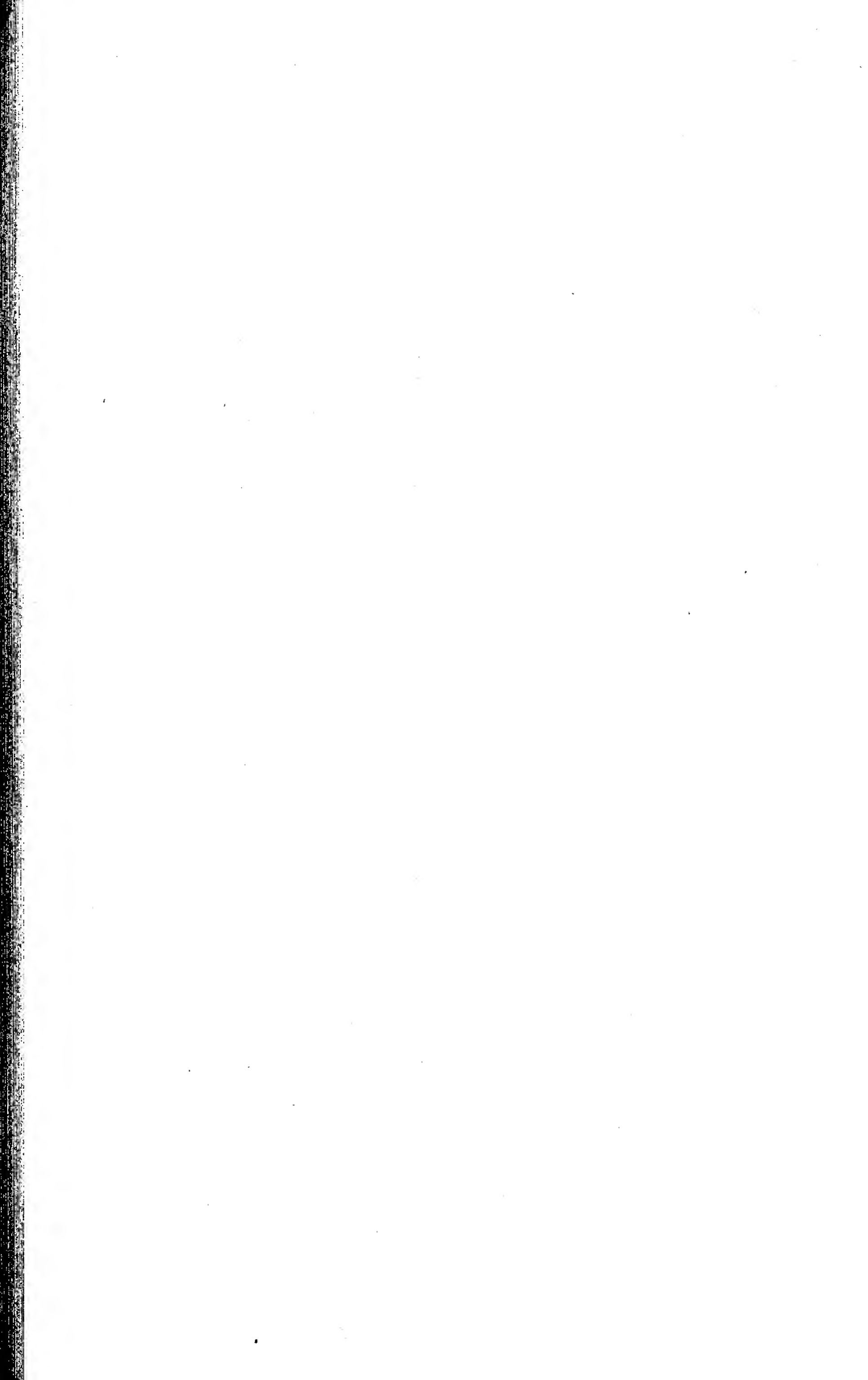
Demnach ergibt sich zum Ausmaß des Geschehens in sämtlichen Gebieten östlich von Oder und Neiße, daß

mehr als 400 000 Deutsche

Opfer von Vertreibungsverbrechen im Sinne dieser Dokumentation geworden sind.[44]) Betroffen durch Gewaltakte wie Vergewaltigungen und Mißhandlungen mit oder ohne Todesfolge wurde, wie sich aus dem vorangehenden ergibt, eine weitaus größere Anzahl von Personen.

---

[44]) Bei der 1954—1964 durchgeführten „Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten“ wurden in den Gebieten östlich von Oder und Neiße von den o. a. Personenkreisen namentlich erfaßt:
44 603 gewaltsam Getötete — 32 907 in der Verschleppung Umgekommene — 27 847 in Lagern Verstorbene.
Weitere Personen dieser Gruppen gehören zweifellos zu den 1,4 Millionen jener Gebiete, die zwar ebenfalls bei der Gesamterhebung namentlich erfaßt worden sind, deren Schicksal aber nicht geklärt werden konnte. Auch nach den Ergebnissen der Gesamterhebung steht die Personengruppe, die einen gewaltsamen Tod erlitten hat, zahlenmäßig an erster Stelle. Bei Übertragung der Ergebnisse der Gesamterhebung auf obige Schätzungen wäre hiernach die geschätzte Anzahl von 120 000 Getöteten als eine Mindestzahl zu betrachten.



Tschechoslowakei

Sowjetische Ausschreitungen

Im Vordergrund der Ausschreitungen sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei standen neben Plünderungen vor allem Vergewaltigungen, die unter denselben brutalen Begleitumständen wie in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße an deutschen Frauen jeden Alters verübt wurden. Sowjetische Soldaten drangen, wie es in den überlieferten Berichten häufig heißt, in die Wohnungen von Deutschen ein, zu denen ihnen insbesondere in gemischtsprachigen Gebieten der Weg von Tschechen gewiesen wurde. Auch erhielten sie Zugang in Lager, in die die deutsche Bevölkerung vom tschechischen Sicherheitsdienst verbracht worden war.

Über Erschießungen von Deutschen durch sowjetische Soldaten wird seltener berichtet, sieht man von dem Einbruch der Roten Armee von Oberschlesien aus in den Kreis Jägerndorf Ende März 1945 ab. Dort gingen sowjetische Einheiten in der gleichen Weise wie in den Gebieten östlich von Oder und Neiße gegen die deutsche Bevölkerung vor. [45])

Berichtet wird auch, daß während des Aufstandes in der Slowakei im September 1944 Erschießungen von Deutschen unter dem Kommando sowjetischer Kommissare, die in die Slowakei eingeflogen worden waren, stattgefunden haben. [46])

Deportationen in die Sowjetunion fanden in relativ geringem Ausmaß statt.

---

[45]) Ostdok. 2/260/405

[46]) Ostdok. 2/381/257 ff.

Tschechische und slowakische Ausschreitungen

Zu den ersten Ausschreitungen gegenüber der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei kam es während des slowakischen Aufstandes (Ende August bis Oktober 1944) im September 1944. Der Aufstand war entfacht worden durch in der Sowjetunion ausgebildete slowakische und tschechische Partisanen, die auf dem Luftweg in die Slowakei eingeschleust worden waren. Sie fanden nicht nur durch slowakische und tschechische Kommunisten Unterstützung, sondern auch bei anderen politischen Gegnern. [47]) Deutsche wurden in den Gemeinden der Mittelslowakei zu dieser Zeit kaum aus nationalistischen, volkstumspolitischen Gründen Opfer der hier operierenden Partisanen, vielmehr standen die deutschen Einwohner a priori unter dem Verdacht, Handlanger und Sympathisanten des bekämpften herrschenden slowakischen Systems und der deutschen Schutzmacht zu sein. Dafür sprachen nicht zuletzt die unmittelbar vor Beginn des Aufstandes unter den Karpatendeutschen vorgenommenen Rekrutierungen der Waffen-SS. Als Opfer des Aufstandes wurden aus der Gemeinde Glaserhau allein 181 Menschen erschossen. [48]) Die Gesamtzahl der in dieser Phase getöteten deutschen Einwohner muß auf Grund der vorliegenden Berichte mit mehr als 500 Personen angenommen werden. Die meisten wurden erschossen, doch starben auch Menschen bei der Verschleppung. [49]) Demgegenüber stand das weitere Geschehen, dessen Hauptschauplatz Böhmen und Mähren-Schlesien seit dem Prager Aufstand vom 5. Mai 1945 wurde, im Zeichen nationalistischer Haßgefühle sowie eines Vergeltungsdranges insbesondere gegenüber den Sudetendeutschen, die als Verräter des tschechischen Staates betrachtet wurden. [50]) Geschürt wurde der Haß

---

[47]) Dokumentation der Vertreibung Bd. IV/1, S. 158 ff.

[48]) Namentlich erfaßt in Ostdok. 2/381/239—245

[49]) Ostdok. 2/381/351 ff.

[50]) In Abschnitt VIII des Kaschauer Programms der neuen tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken vom 5. 4. 1945 wurde die deutsche und magyarische Minderheit zu einem großen Teil als „das gefügige Werkzeug einer gegen die Republik gerichteten auswärtigen Eroberungspolitik" bezeichnet, „von denen sich vor allem die tschechoslowakischen Deutschen direkt zu einem Ausrottungsfeldzug gegen das tschechische und slowakische Volk hergaben."

durch Reden und Broschüren politischer Persönlichkeiten sowie durch Presseartikel, worin zu einer kollektiven Bestrafung der Deutschen für begangene Verbrechen aufgefordert wurde.[51]) Bei den Ausschreitungen gegenüber den Deutschen mag bei manchem der Täter entfesselte nationalistische Leidenschaft, bei anderen blinder politischer Fanatismus eine Rolle gespielt haben, viele waren jedoch von opportunistischen Motiven und niedrigsten Instinkten bestimmt. Darauf weisen die zahlreich überlieferten Nachrichten über sadistische Handlungen hin.

An den hier gegenüber der deutschen Bevölkerung verübten Gewalttaten waren beteiligt:

— die teilweise kommunistisch beeinflußte Revolutionsgarde, ursprünglich gebildet aus Insurgenten während des Prager Aufstandes; ihre Angehörigen nannten sich Partisanen, obwohl sie größtenteils erst nach Beendigung der Kampfhandlungen der Garde zugeströmt waren;

— Soldaten und Offiziere der in der Sowjetunion unter General Swoboda gebildeten tschechischen Befreiungsarmee,

— die SNB (Wache der Nationalen Sicherheit), die die Funktion des Staatssicherheitsdienstes sowie der Gendarmerie und Polizei ausübte, und schließlich

— auf den Straßen der tschechische Mob.

Zu den Gewalttaten gehörten Tötungen, verübt in verschiedenster Weise durch Erschießen, Erhängen, Erschlagen, Ertränken, brutale und sadistische Mißhandlungen, ferner Vergewaltigungen von Frauen. Die Ausschreitungen richteten sich zunächst gegen die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, wie dieses sehr deutlich im Berichtsmaterial zum Ausdruck kommt.

In weitaus überwiegender Mehrzahl sind Schwerpunkte der Übergriffe im Innern Böhmens und Mährens sowie in den östlichen und mittleren Gebieten des Sudetenlandes zu verzeichnen, die zum sowjetischen Besatzungsgebiet gehörten. In geringerem Ausmaß fanden Ausschreitungen

---

[51]) Einzelne der Artikel, ebenfalls vorhanden unter dem Dokumentationsmaterial, sind zum Teil in Übersetzung wiedergegeben in der Dokumentation der Vertreibung, Bd. IV/1, Seite 71—73

gegenüber der deutschen Bevölkerung in den von amerikanischen Truppen bis Mitte bzw. Ende 1945 besetzt gewesenen Kreisen des westlichen Sudetenlandes statt.

In den einzelnen Gemeinden erreichten die Ausschreitungen Höhepunkte in den dem Prager Aufstand folgenden Wochen und Monaten, als dort Abteilungen der Revolutionsgarde sowie auch Einheiten der Befreiungsarmee ein Terrorsystem gegenüber den Deutschen entfachten. Aus einer Anzahl von Gemeinden wird über öffentliche Exekutionen berichtet, denen zum Teil die Einsetzung improvisierter Volksgerichte vorausging. Die diesen vorgeführten Personen wurden während und nach den Verhören auf das schwerste mißhandelt oder auch zu Tode gefoltert. Angehörige der SS wurden vielfach gleich nach ihrer Verhaftung erschossen. Dasselbe Schicksal erlitten oft auch heimgekehrte Soldaten.

Die offizielle Einrichtung von außerordentlichen Volksgerichten stützte sich auf das Dekret des Präsidenten der Republik vom 19. Juni 1945 „über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte." Jedoch noch vor Verkündung dieses Dekrets waren dem Berichtsmaterial zufolge allein mehr als 1 000 Menschen durch Mißhandlungen bei jenen improvisierten Schauprozessen, durch Erschießen und Erhängen getötet worden.

Ein Geschehnis besonderer Art waren die Ausschreitungen in der Stadt Aussig am 31. Juli 1945, ausgelöst durch eine Explosion eines Lagers deutscher Beutemunition in dem dortigen Vorort Schönpriesen, die von den Tschechen als deutsche Sabotage-Aktion des „Werwolfes" ausgelegt wurde. Mit weißen Armbinden gekennzeichnete Deutsche wurden auf den Straßen niedergeschlagen. Als nach Arbeitsschluß die Arbeiter der Firma Schicht AG über die Elbe-Brücke zu ihren Wohnungen eilten, wurden sie von der aufgehetzten Menge auf der Brücke angegriffen, teils erschlagen oder in die Elbe geworfen. Auch Frauen und Kinder erlitten dasselbe Schicksal. Die Angaben über die Anzahl der Opfer dieser Ausschreitungen sind in den einzelnen Berichten unterschiedlich. Die Schätzungen betragen 700 bis 2 700 Personen. [52])

[52]) Hierüber eine größere Anzahl von Aussagen in Ostdok. 2/240, darunter der Bericht eines ehem. Funktionärs der tschechischen Verwaltungskommission in Aussig aus der Emigrantenzeitung Londynski Listy, worin die Anzahl der Toten mit mehr als 2 000 Menschen angegeben wird.

Unmittelbar nach Beginn des Prager Aufstandes begann auch in großem Umfange die Verbringung von Deutschen in Gefängnisse und Lager. Nach Ermittlungen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes bestanden in der Tschechoslowakei 1 215 Interniertenlager, 846 Arbeits- und Straflager und 215 Gefängnisse, in denen 350 000 Deutsche längere oder kürzere Zeit festgehalten worden sind.[53]) Es liegen 437 Berichte vor, in denen das Geschehen in ca. 200 Lagern beschrieben oder erwähnt wird.[54]) Unmenschliche Verhältnisse führten zum Tode von Lagerinsassen durch Kräfteverfall und Epidemien, verursacht durch mangelhafte Ernährung, fehlende Medikamente, unhygienische Verhältnisse und durch Depressionen infolge sadistischer Mißhandlungen. Sehr hoch war die Sterblichkeitsziffer bei Kindern und älteren Leuten.[55]) Von den Arbeitslagern wiesen die der Bergwerke eine besonders hohe Sterblichkeit auf.[56])

Erheblich war jedoch auch die Anzahl der Opfer willkürlicher Erschießungen und Mißhandlungen durch Kommandanten und Wachmannschaften der Lager; diese setzten sich vorwiegend aus Angehörigen der Revolutionsgarde, die in die SNB übernommen worden waren, zusammen. Zum Beispiel wurden von Anfang Mai bis Anfang Juli 1945 in dem berüchtigten Hanke-Lager Krs. Mähr.-Ostrau 350 Insassen zu Tode gefoltert.[57]) In den Berichten sind eine größere Anzahl der Täter namentlich genannt, die an diesen Gewaltakten beteiligt waren. Zu den unmenschlichen Handlungen der Revolutionsgarde sowie der „Swoboda-Armee“ sind ferner die soge-

[53]) Kurt W. Böhme: „Gesucht wird . . .“, München 1965, Seite 264

[54]) Von den im Berichtsmaterial genannten Lagern werden im Hinblick auf das dortige Geschehen folgende besonders herausgestellt: Gurein Bez. Brünn, Neu-Rohlau Bez. Karlsbad, Hanke-Lager Bez. Mähr.-Ostrau, Hodolein Bez. Olmütz, Bory Bez. Pilsen, Rabstein Bez. Tetschen, Josefstadt Bez. Königinhof/Elbe, Theresienstadt Bez. Raudnitz, Maltheuren Bez. Brüx, Robotarna Bez. Znaim, Mähr.-Weißkirchen Bez. Mähr.-Weißkirchen, Burgberg Bez. Jägerndorf, Postelberg Bez. Saaz, Lerchenfeld Bez. Aussig, verschiedene Lager in und um Prag wie das Strahov Stadion und Hagibor sowie das Prager Polizeigefängnis und das Gefängnis Pankratz.

[55]) Im Lager Böhmisch-Leipa verstarben vom Juli bis Dezember 1945 203 Personen, davon 55 Kinder. Ostdok. 2/294 a/54

[56]) Im Bergwerkslager Rynholeo bei Kladno blieben in 14 1/2 Monaten von 310 Menschen nur 71 am Leben. Ostdok. 2/239/373

[57]) Ostdok. 2/305/129. Täter waren hier der als Lagerleiter eingesetzte ehemalige SA-Mann Heinrich Gloss und ein gewisser Milik.

nannten „wilden Ausweisungen“ von Bewohnern ganzer Ortschaften zu rechnen, die ihren Höhepunkt in den Sommermonaten Juni und Juli 1945 erreichten. Die Ausgewiesenen grenznaher Kreise mußten tagelange Fußmärsche unter Mißhandlungen der Bewachungsmannschaft bei spärlichster Verpflegung zurücklegen. Es wird berichtet, daß hierbei Kranke und Erschöpfte erschossen wurden. Mehr als 20 000 Brünner Deutsche, darunter Greise sowie Mütter mit kleinen Kindern, wurden Ende Mai 1945 zur österreichischen Grenze getrieben. Die Mehrzahl wurde dort von österreichischen Grenzwachen zurückgewiesen und mußte dann Wochen und Monate, teils auf freiem Feld, im grenznahen Pohrlitz unter unmenschlichen Verhältnissen verbringen. Die Zahl der hier Umgekommenen wird auf mehrere Tausende geschätzt. [58])
Aus dem Gebiet der Slowakei waren nach dem dortigen Aufstand mehr als 80 % der Karpatendeutschen im Winter 1944/45 in die Sudetenländer evakuiert worden und teilten dann das Schicksal der dortigen Bevölkerung. Die Zurückgebliebenen wurden nach Besetzung der Slowakei durch die Rote Armee und Errichtung des neuen Regimes, sobald sie als Deutsche erkannt wurden, in Lager interniert und zum Arbeitseinsatz „vermietet“. Die Verhältnisse in den Lagern, die zumindest in den ersten Monaten unter Aufsicht ehemaliger Partisanen standen, unterschieden sich im allgemeinen nicht von denen in Böhmen und Mähren. Auch hier wird von hohen Sterblichkeitszahlen infolge Unterernährung berichtet sowie von Ausschreitungen teils sadistischer Art gegenüber den Insassen. [59])
Die Lager wurden dann aufgefüllt durch zurückkehrende Karpatendeutsche aus den Sudetenländern, die sich slowakischen Repatrianten angeschlossen hatten. Zu Mißhandlungen durch slowakische Soldaten kam es bei ihrem Eintreffen auf den Zielstationen der Transporte. Eine Massenerschießung von 247 Karpatendeutschen, darunter Frauen und Kinder, die aus Lagern im Kreis Saaz/Sudetenland zurückkehrten, fand am 18. 6. 1945 noch vor Erreichung des Gebietes der Slowakei in der Nähe des Bahnhofs Prerau/Mähren statt. Die Deutschen wurden aus dem Zug geholt — angeblich von slowakischen Soldaten — und in einem in der Nähe gelegenen Wald zur Exekution geführt. [60])

---

[58]) Überliefert in Berichten in Ost-Dok. 2/296

[59]) So in den Lagern Novaky, Matzdorf, Tököly-Schloß in Käsmark.

[60]) Ostdok. 2/383/783 ff.

Ausmaß des Geschehens

In dem im Bundesarchiv aufgearbeiteten Material von insgesamt 2 000 Berichten zur Dokumentation der Vertreibung sind nur in jenen Fällen, wo das Geschehen für die Verfasser überschaubar gewesen war, Angaben über die Anzahl von Opfern gewaltsamer Handlungen in einzelnen Gemeinden, Gefängnissen und Lagern enthalten. Daraus ergibt sich eine Zahl von ca. 6 000 Personen als Opfer von Gewalttaten.[61]) Unberücksichtigt blieben hierbei jene Berichte, deren Zahlenangaben auf ganz groben Schätzungen beruhten oder aus quellenkritischen Gründen als unwahrscheinlich eingestuft werden mußten.

In vielen anderen Berichten aber wird von Opfern von Gewalttaten gesprochen, ohne daß die Verfasser genaue Angaben über die Zahl der Betroffenen aussagen. Dort heißt es zum Beispiel, daß „viele" oder „eine Anzahl" von Deutschen hierbei ihr Leben verloren haben, oder es wird allgemein von Massengräbern an bestimmten Orten berichtet. Auch sind die Opfer von Ausschreitungen beim Prager Aufstand, deren Zahl vom Statistischen Bundesamt auf 15 000 geschätzt wird, sowie die schwer schätzbare Anzahl der Opfer des Geschehens in Aussig vom 31. 7. 1945 (600 bis 2 700 Personen!) in der erwähnten Zahl von rund 6 000 Personen nicht enthalten!

Selbst nicht annähernd zu schätzen ist nach dem Berichtsmaterial die Anzahl der Todesopfer auf Grund unmenschlicher Verhältnisse in den Lagern und Gefängnissen. Nach Schätzungen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes muß bei einer Gesamtzahl von 350 000 in Gefängnisse und Lager verbrachten Deutschen mit ca. 100 000 Opfern gerechnet werden.[62]) Das Berichtsmaterial läßt jedoch den Schluß zu, daß bei rund 3 Millionen

[61]) Demgegenüber betrug nach einem Rechenschaftsbericht des tschechoslowakischen Justizministers über die Tätigkeit der Volksgerichte, erstattet im Mai 1947 vor dem Parlament, die Zahl der durch die außerordentlichen Volksgerichte zum Tode verurteilten Deutschen 475. Prokop Drtina: Na soudu naroba, Seite 11 f. (Zitiert in: Dokumentation der Vertreibung, Bd. IV/1, Seite 79)

[62]) K. W. Böhme (s. Anmerkung 53), Seite 264

Sudeten- und Karpatendeutschen, die Anfang Mai 1945 in der Tschechoslowakei lebten, eine größere Anzahl Deutscher in Gefängnissen und Lagern interniert worden war.[63])

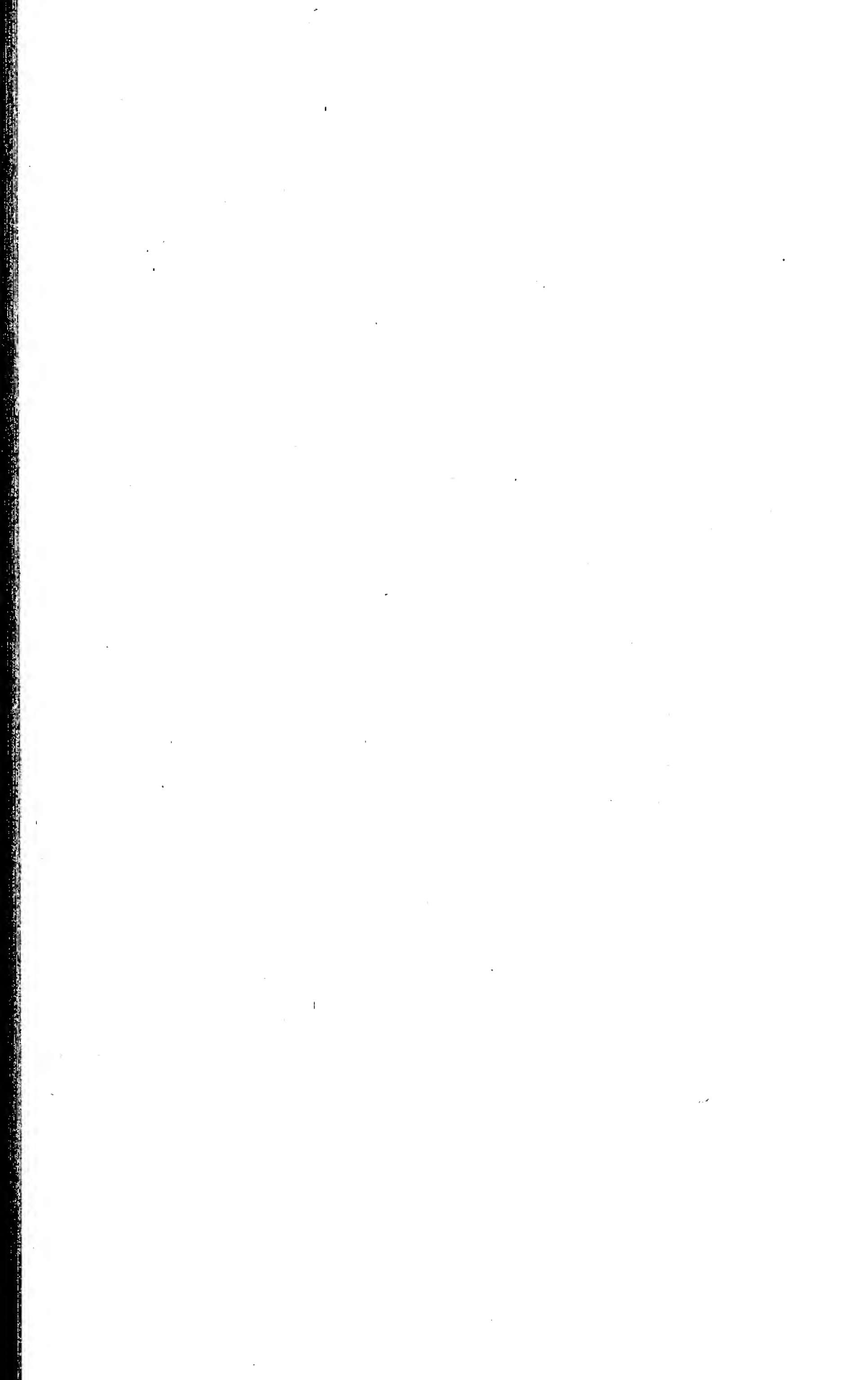
Deportationen in die Sowjetunion fanden aus diesem Gebiet indessen nur in geringem Ausmaß statt.[64])

Der allein durch Mißhandlungen und Vergewaltigungen betroffene Personenkreis dürfte wohl mehrere Hunderttausende umfaßt haben.

---

63) A. Bohmann: Das Sudetendeutschtum in Zahlen, München 1959, Seite 199, schätzt die Anzahl der in Lagern überführten Sudetendeutschen auf mindestens 1 Million

64) Bei der „Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten“ sind namentlich erfaßt worden: Sudetendeutsche: 5 596 gewaltsam Getötete, 6 615 in Lagern Umgekommene, 705 in der Verschleppung Verstorbene. Karpatendeutsche: 720 gewaltsam Getötete, 374 in Lagern Umgekommene, 202 in der Verschleppung Verstorbene.



Jugoslawien

Sowjetische Ausschreitungen

Gewaltakte der Roten Armee, die die deutschen Siedlungsgebiete seit Anfang Oktober 1944 besetzte, bestanden insbesondere in der Vergewaltigung von Frauen in brutalster Weise neben einzelnen Erschießungen, denen jedoch zumeist Vergewaltigungen und Plünderungen vorangingen.[65])

Als völkerrechtswidrige Handlungen werden im Sinne dieser Dokumentation auch die Deportationen von Angehörigen der deutschen Volksgruppe verstanden. Sie fanden vor allem in der Zeit von Ende Dezember 1944 bis Anfang Januar 1945 statt: ca. 27 000 arbeitsfähige Deutsche wurden nach Ermittlungen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes[66]) von ihnen betroffen, darunter — wie sich aus den Berichten ergibt — zu mehr als 80 % Frauen. Die Männer im arbeitsfähigen Alter standen zu diesem Zeitpunkt zum Teil noch im Kampfeinsatz bei der Waffen-SS oder Wehrmacht, zum Teil waren sie aber auch von den Partisanen bereits in Gefängnisse und Lager verbracht oder erschossen worden.

Als unmenschlich ist die Tatsache zu bezeichnen, daß auch Frauen, die Kinder zu betreuen hatten, deportiert worden sind, während die Kinder in jugoslawische Internierungslager überstellt wurden. Es wird auch über die unmenschlichen Verhältnisse berichtet, denen die Deportierten bei ihren teils mehrere Wochen dauernden Transporten in den Waggons ausgesetzt waren; Krankheiten und Todesfälle waren dabei keine Seltenheit.[67])

---

[65]) Ostdok. 2/401/163—169

[66]) K. W. Böhme: „Gesucht wird . . .“, München 1965, Seite 264

[67]) z. B. Ostdok. 2/402/10—18

Jugoslawische Ausschreitungen

Unmittelbar nach der Übernahme der Militärherrschaft durch Partisanengruppen in den deutschen Hauptsiedlungsgebieten Jugoslawiens, d. h. im Banat, in der Batschka und Baranja sowie in Syrmien seit dem 10. Oktober 1944, setzten Massenexekutionen und schwerste Mißhandlungen, verübt an den in diesen Gebieten Verbliebenen ein. Dabei ist von einer geschätzen Zahl von 200 000 Deutschen auszugehen.[68]) Die Partisanen betrachteten die deutschen Volksgruppen in ihrer Gesamtheit als einen dem Okkupanten besonders gefügig gewesenen Bevölkerungsteil Jugoslawiens und dies umsomehr, als Zehntausende der wehrfähigen Deutschen im Kampfe gegen sie eingesetzt worden waren.

Bei den Verhaftungen wurde offentsichtlich unterschiedlich vorgegangen: Nach dem Berichtsmaterial wurden insbesondere ehemalige Angehörige der Waffen-SS, der Deutschen Mannschaft (Ortswachen, die in deutschen Siedlungsgebieten 1941 nach Beendigung des Balkanfeldzuges gebildet worden waren), bei Volksgruppenorganisationen tätig gewesene Deutsche einschließlich Frauen, deutsche Bürgermeister und Verwaltungsbeamte, Angehörige der intellektuellen Kreise sowie die als besonders wohlhabend geltenden Bürger und Landwirte betroffen. Nach anderen Berichten fanden sich zunächst unterschiedslos alle deutschen Männer festgenommen:[69]) Die Verhafteten wurden unter Gewehrkolbenstößen in Gefängnisse oder verließartige Kellerräume geschleppt — aus kleineren Gemeinden auch in größere Ortschaften getrieben — zu Verhören gerufen, die unter brutalsten Mißhandlungen stattfanden, sodann geschlossen oder zum Teil zu einem vorher zur Exekution ausgehobenen Graben außerhalb der Gemeinde getrieben und dort erschossen. Zigeuner leisteten dabei den Partisanen Handlangerdienste. In dieser und ähnlicher Weise wurden z. B. in Werschetz mindestens 3 000, in Zerne ca. 300 Deutsche, in Glogon 225, in Homolitz ca. 200, in Groß-Betschkerek mehr als 300, in Filipovo 240, in Sombor und Umgebung ca. 300, in Batschka-Palanka ca. 300, in Neuwer-

68) Dokumentation der Vertreibung, Bd. V, Seite 89 E

69) Wie z. B. in einem Stadteil von Groß-Betschkerek

bass ca. 350 Menschen und in Hodschag 182 insbesondere in den Monaten Oktober und November getötet. Aus insgesamt 117 Gemeinden der oben genannten Siedlungsgebiete sind in dem vorliegenden Material Erschießungen oder andere Tötungen von Deutschen überliefert, wobei für einen Teil die Anzahl der Opfer angegeben ist. Parallelzeugnisse liegen für ca. 50 % der überlieferten Tatbestände vor.

Mindestens in gleichem wenn nicht in höherem Ausmaße fanden nach dem vorliegenden Material Massenerschießungen in den seit Oktober in diesen Gebieten zur Internierung und für den Arbeitseinsatz der Deutschen angelegten Lagern statt, so z. B. in erheblicher Anzahl in Kikinda, Groß-Betschkerek und Werschetz. Zu diesen Exekutionen wurden teils nach Verhören, teils willkürlich Gruppen von Insassen herausgeholt. Erschossen wurden u. a. auch durch Krankheit und Schwäche arbeitsunfähig gewordene Deutsche. Unter dem Vorwand, sie für leichtere Arbeiten einzusetzen, waren Akademiker, Lehrer, Kaufleute veranlaßt worden, sich zu melden. Aber auch sie sind dann Opfer von Exekutionen geworden. [70])

Anfang Dezember 1944 sind dann in den Gemeinden wie in den Lagern die Massenerschießungen angeblich auf sowjetischen Einspruch hin eingestellt worden, wobei die Erfassung von Deutschen für Deportationen in die Sowjetunion im Hintergrund gestanden haben dürfte.

In Kroatien und Slowenien war vor der im April 1945 erfolgten Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete durch die Partisanen die überwiegende Mehrzahl der Deutschen evakuiert worden. Bereits in den Jahren 1942/43 war hier eine Anzahl Deutscher Opfer von Partisanen-Überfällen auf deutsche Gemeinden geworden. Im Jahre 1945 dürfte die deutsche Bevölkerung in diesen Gebieten ca. 20 000 Personen betragen haben. Wie den Berichten über einzelne Ortschaften zu entnehmen ist, kam es auch hier zunächst in den Gemeinden zu Erschießungen aufgespürter Deut-

---

[70]) Hierüber berichtet sehr ausführlich der Mittelschullehrer Michael Kristoph aus dem Lager Groß-Betschkerek. Er war eine Woche im Jahre 1945 in der Lager-Kanzlei tätig und hatte Gelegenheit, Einblick in die Protokolliste der Todesfälle zu nehmen. Er konnte hierbei feststellen, daß die ihm bekannt gewesenen Angehörigen der o. a. Berufe, die sich für eine leichtere Arbeit gemeldet hatten, in der Protokolliste als gestorben verzeichnet waren. (Ostdok. 2/397/72—99)

scher. Anfang Mai wurden die Deutschen in Lager verbracht, wo ebenfalls — wie z. B. in Valpovo — Erschießungen stattfanden.

Aus dem Anfang Mai des Jahres 1945 besetzten Slowenien sind Massenerschießungen im Gebiet der Untersteiermark nach Verhaftungen der dort verbliebenen Deutschen überliefert, und zwar in der Gegend von Rann zusammen mit einer großen Anzahl von Kriegsgefangenen, darunter auch kroatischer und slowenischer Nationalität, am Stadtrand von Cilli und Gonobitz, in Windisch-Feistritz und Mahrenberg, in den Panzergräben bei Marburg-Tetzno, bei einer Massenerschießung von kroatischen Ustaschen sowie in der Männerstrafanstalt Marburg an der Drau; hier wurden am 6. 12. 1945 als Vergeltung für die Explosion eines Munitionswaggons, die als deutscher Sabotageakt ausgelegt wurde, 200 bis 300 Deutsche erschossen. [71])

Die gesamte verbliebene deutsche Bevölkerung war Ende Mai 1945 in Lagern interniert oder in Gefängnissen inhaftiert. Eine gesetzliche Maßnahme für die Internierung war nicht gegeben, sieht man von dem Beschluß des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) vom 21. 11. 1944 ab, der die Ausbürgerung und Enteignung jener Personen deutscher Volkszugehörigkeit vorsah, — die nicht in den Reihen der Partisanen gekämpft hatten. Es bestanden Ortslager und Zentralarbeitslager, daneben Konzentrationslager für Arbeitsunfähige. Beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes sind insgesamt 1 562 Lager und Gefängnisse als Gewahrsam für Deutsche erfaßt.

Es liegen 768 Berichte vor, in denen das Geschehen in 185 Lagern beschrieben oder erwähnt wird. Danach handelte es sich bei der Mehrzahl der Lagerinsassen um Frauen, aber auch Kinder und Säuglinge traf das Schicksal der Internierung. Die Lagerverhältnisse entsprachen jenen, wie sie aus den anderen Vertreibungsgebieten beschrieben worden sind. Auch hier fanden nach den Massenliquidationen von Oktober und November 1944 noch einzelne Erschießungen statt. Mißhandlungen brutalster Art durch Auspeitschungen gehörten zum Alltag des Lagerlebens. Die Mehrzahl der Todesfälle war auf die unmenschlichen Verhältnisse, auf unzureichende Ernährung, mangelhafte ärztliche Betreuung und auf die hierdurch entstandenen Seuchen zurückzuführen.

71) Ostdok. 2/Jugoslawien/Anhang

Die im vorliegenden Material vorhandenen Zahlenangaben über die in den einzelnen Lagern Internierten sowie über die Sterbefälle differieren zum Teil. Abgesehen von möglichen Irrtümern der Berichtenden ist hierbei zu beachten, daß die abweichenden Zahlen auch auf die unterschiedlichen Belegungszeiten zurückzuführen sind, aus denen die Zeugen berichten. Dennoch läßt das Material Schätzungen zu. Verfasser von Berichten mit Zahlenangaben waren unter anderem Internierte, die in der Lagerkanzlei oder auch bei der Bergung der Leichen tätig gewesen sind. Besonders hohe Todesquoten sind für die Konzentrationslager, die sogenannten Vernichtungs- oder „Endlager“ überliefert, in die alte Menschen, Kranke und Kinder verbracht worden waren. Das größte Lager dieser Art Knicanin (Rudolfsgnad) passierten ca. 33 000 Menschen, von denen nach geretteten Aufzeichnungen eines Lagerarztes 9 503 verstorben sind, davon 8 012 Erwachsene und 491 Kinder unter 14 Jahren. [72]) Als weitere Beispiele seien genannt: Gakovo mit 18 000 Insassen, davon ca. 8 800 Todesfälle, Backi Jarek mit 18 000 Insassen und 6 400 Todesfällen, Krusevlje mit 10 000 Insassen, davon rund 3 000 Todesfälle. [73])

---

[72]) Ostdok. 2/394/74

[73]) Ostdok. 2/Jugoslawien/Anhang

Ausmaß des Geschehens

Soweit das aufgearbeitete Berichtsmaterial zahlenmäßige Angaben über die bei Ortsgeschehnissen gewaltsam getöteten Personen enthält, ergibt sich eine Gesamtzahl von 7 200 Opfern. Die im einzelnen angegebenen Zahlen mögen teils überhöht sein; es wird aber auch von Erschießungen und Erschlagungen berichtet, für die Zahlen nicht vorliegen. Hinzuzurechnen sind die Opfer der Exekutionen von Lagerinsassen, vor allem der erwähnten Massenerschießungen in den Monaten Oktober und November 1944. Deren Zahl dürfte ebenso hoch, wenn nicht höher gewesen sein, so daß sich eine Größenordnung von 15 000 bis 20 000 Deutschen ergibt, die einen gewaltsamen Tod erlitten haben.

Für 49 der größeren Lager, unter denen die sogenannten Vernichtungslager mit den höchsten Sterberaten mit einbegriffen sind, ergibt sich aus dem vorhandenen Material eine Gesamtzahl von 67 000 Toten.[74]) Ca. 8 000 Personen bzw. 12 % dürften gewaltsam getötet worden sein, während alle übrigen Opfer der unmenschlichen Verhältnisse in den Lagern, vor allem von Hunger, Seuchen und Mißhandlungen geworden sind. Da für eine große Reihe der kleineren Lager und Gefängnisse detaillierte Angaben nicht vorliegen, dürfte statistisch die Gefahr einer überhöhten Schätzung entfallen.

Es wird ferner von Tausenden von Kriegsgefangenen in Jugoslawien berichtet, die von Partisanen erschossen wurden. Auch unter ihnen befanden sich Angehörige der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien. Die vorliegenden Quellen lassen jedoch eine Schätzung der Anzahl der Einzelfälle nicht zu. Zu gedenken ist schließlich der Toten auf Verschleppungstransporten in die Sowjetunion und der Todesfälle in den dortigen Lagern. Die Anzahl der Todesopfer wurde auf 16 % bzw. ca. 4 500 Menschen von insgesamt 27 000 bis 30 000 Verschleppten aus Jugoslawien geschätzt.[75])

---

74) Ostdok. 2/Jugoslawien/Anhang

75) Dokumentation der Vertreibung. Bd. V, Seite 97 E

Die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien dürfte somit einen Verlust durch Gewaltakte, Unmenschlichkeiten sowie sonstige völkerrechtswidrige Handlungen im Sinne dieser Dokumentation von mehr als 80 000 Menschen erlitten haben. [76]) Weit größer war auch hier der Personenkreis, der von Ausschreitungen jeder Art betroffen worden ist.

[76]) Namentlich erfaßt wurden bei der „Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten": 5 538 gewaltsam Getötete — 43 274 in Lagern Jugoslawiens Verstorbene — 2 052 in der Verschleppung Verstorbene.

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Opfer der Gewalttaten und Unmenschlichkeiten wurden nicht etwa bestimmte Personengruppen, sondern Deutsche aller Bevölkerungskreise. Betroffen wurde die in ihrem Heimatgebiet verbliebene deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit.
- Verübt wurden die Gewaltakte durch Angehörige sowjetischer militärischer Einheiten, der NKWD, der Miliz und des Sicherheitsdienstes in Polen, der Volksgardisten und der Befreiungsarmee in der Tschechoslowakei, der Partisanengruppen in Jugoslawien. Ihnen wurde von den die Regierungsgewalt ausübenden zentralen Stellen zunächst völlig freie Hand gelassen. Die verübten Gewalttaten waren Ausdruck eines Vergeltungsdranges, aber auch blinder, von politischer Indoktrination noch gesteigerter Haßgefühle. Diese konnten sich auch in von niedrigsten Instinkten geleiteten Taten niederschlagen.

Trotz der Ermittlung einer Fülle von Einzelangaben über die Zahl der bei Ortsgeschehnissen und in Lagern umgekommenen Menschen läßt das vorhandene Material die Aufstellung einer genauen Bilanz der hierdurch entstandenen Personenverluste in ihrer Gesamtheit nicht zu. In städtischen Gemeinden oder in größeren Lagern war das Geschehen in seiner Gesamtheit wegen des begrenzten Gesichtskreises des Einzelnen in der Regel nicht zu überblicken. Daher differieren gerade auch die Angaben über die Belegung der einzelnen Lager und über die Anzahl der Toten in den Lagerspiegeln des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes.

Hinzu kommt, daß in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße, wo die meisten Verluste zu verzeichnen sind, die dort verbliebene oder flüchtende Bevölkerung in das Kriegsgeschehen einbezogen wurde und Kriegshandlungen und Ausschreitungen teils ineinander übergingen.

Die durch das Berichtsmaterial über die Opfer von Ortsgeschehnissen und von Lagertoten sich ergebenden Zahlen sind, soweit sie einen Anspruch auf Genauigkeit erheben können, nur als Bruchteil der Gesamtheit der Opfer zu betrachten.

Die in dieser Dokumentation angegebenen Größenordnungen für die Zahl der Opfer sind daher nur grobe Schätzungen; im einzelnen wurden

für die Gebiete östlich von Oder und Neiße mehr als
400 000 Opfer,

für die Tschechoslowakei mehr als
130 000 Opfer,
für Jugoslawien mehr als
80 000 Opfer.

d. h. einschließlich der Opfer von Deportationen in die Sowjetunion eine Gesamtzahl von mehr als 600 000 Menschen geschätzt.

Zur Überprüfung der hier vorgenommenen Schätzungen wurde versucht, u. a. die Ergebnisse der 1954 bis 1964 durchgeführten „Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten" heranzuziehen. Diese beruhte nicht nur auf der Aufbereitung von Seelenlisten, sondern stützte sich vor allem auf eine intensive und umfangreiche Befragung der Heimatvertriebenen nach dem Schicksal von Einzelpersonen. Für die Fragestellung der Dokumentation der Vertreibungsverbrechen hat sie jedoch nur Teilergebnisse erbracht, die in Anbetracht der ungeklärt gebliebenen Fälle das gesamte Ausmaß des im Sinne dieser Dokumentation zu behandelnde Geschehen nicht erkennen ließen. Die „ungeklärten Fälle" betrafen in den in diesem Bericht behandelten Gebieten rund 1,8 Millionen Personen (davon in den Gebieten östlich von Oder und Neiße rund 1,4 Millionen). [77])

Bei den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zur Ermittlung der Vertreibungsverluste, auf die in der Fragestunde im Bundestag am 25. 10. 1967 hingewiesen worden war, ergeben sich nach Abzug geschätzter Kriegsverluste und nach Ermittlung der in der BRD und Schätzung der in der DDR sowie in Heimatgebieten im Jahre 1950 lebenden Personen eine Gesamtzahl von ca. 2,2 Millionen „ungeklärter Fälle" in sämtlichen Vertreibungsgebieten. Sie werden auch als „Nachkriegsverluste" bezeichnet. Die Gleichsetzung dieser Zahlenangaben mit der Gesamtheit der Todesopfer aus Vertreibungsgebieten im Sinne dieser Dokumentation verbietet sich indessen. Nur bei einer weitgehenden Auslegung des Begriffs „Vertreibungsverbrechen" kann vorsichtig davon ausgegangen werden,

---

[77]) Festgestellt aufgrund einer Auswertung der Ergebnisse der „Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten", München 1965, die in drei Bänden, gegliedert nach den Betreuungsgebieten der einzelnen Heimatortskarteien von der Zentralstelle des Kirchlichen Suchdienstes in München zusammengestellt worden sind und im Rotaprintverfahren vervielfältigt vorliegen.

daß es sich bei der Mehrzahl der o. e. „ungeklärten Fälle" um Verbrechensopfer handelt. Dann wären aber die Todesfälle unter der Zivilbevölkerung in Folge von Entkräftung und Erschöpfung wegen mangelhafter oder fehlender Lebensmittelzuteilungen ebenso als Vertreibungsverbrechen zu bezeichnen wie auch die hohe Anzahl der Selbstmordfälle — Ausdruck der totalen Hoffnungslosigkeit unter der Zivilbevölkerung. [78])

Die vorliegende Dokumentation beschränkte sich auf Schätzungen der Zahl der Todesopfer von Vertreibungsverbrechen als Folge von Gewalttaten und Unmenschlichkeiten. Das Ergebnis darf jedoch nicht vergessen lassen, daß eine weitaus höhere Zahl von Deutschen Opfer von Gewalttaten wie Vergewaltigungen und Mißhandlungen geworden ist, die nicht unmittelbar zum Tode führten.

[78]) Bei der Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten namentlich allein 14 356 Selbstmordfälle in den Vertreibungsgebieten erfaßt.

Debatte im Bundestag über die Dokumentation

(Auszug aus dem amtlichen Protokoll vom 25. 9. 1974)

Präsident Frau Renger: Ich rufe die Frage 16 des Herrn Abgeordneten Windelen:

Ist die Bundesregierung bereit, der Öffentlichkeit am 8. Mai 1975 anläßlich des 30. Jahrestages des Kriegsendes — eventuell unter Verantwortung einer wissenschaftlichen Kommission — eine zusammenfassende Darstellung im Zusammenhang mit dem II. Weltkrieg geschehener Verbrechen von Deutschen und an Deutschen vorzulegen — ggf. warum nicht?
Bitte, Herr Staatssekretär!

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, ich möchte zunächst darauf hinweisen, daß bisher in der öffentlichen Diskussion vor allem von der im Zusammenhang mit der Vertreibung an Deutschen begangenen Verbrechen die Rede war. Ihre nunmehr gestellte Frage weitet den bisher auch in der Öffentlichkeit diskutierten Problemkreis sehr stark aus.

Eine zusammenfassende Darstellung aller im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg geschehenen Verbrechen von Deutschen und an Deutschen liegt nicht vor, und sie kann in dieser Komplexität auch nicht erstellt werden. Über die nach dem Kriege vorgenommene Dokumentation zu Teilkomplexen werde ich in meiner Antwort auf Ihre nächste Frage noch eingehen.

Eine umfassende Zusammenstellung, Herr Kollege, scheitert nicht nur an der unübersehbaren Fülle der Geschehnisse und an der unsicheren Quellenlage, sondern auch an der praktischen Unmöglichkeit, die Vielzahl der Geschehnisse in rechtlicher Hinsicht zu werten. Die von Ihnen gewünschte Zusammenstellung würde die Entscheidung außerordentlich schwieriger, auch international umstrittener Rechtsfragen, etwa nach der rechtlichen Zulässigkeit bestimmter Kriegsmaßnahmen, voraussetzen. Eine solche Entscheidung kann nicht einfach nach dem deutschen Strafrecht getroffen werden. Sie hängt vielmehr in vielen Fällen von völkerrechtlichen Regelungen ab. Da das Völkerrecht in bestimmten Situationen auch an sich unzulässige Maßnahmen als Repressalien rechtfertigt, ist eine generelle Entscheidung ohne Berücksichtigung der vielen, vielen Einzelfälle meist nicht möglich. Eine auch nur annähernd wissenschaftlichen Maßstäben genügende Darstellung wäre daher, Herr Kollege, gar nicht herstellbar.

Auch wenn man einmal unterstellt, eine solche Darstellung lasse sich herstellen, so ist die Bundesregierung der Meinung, daß dies nicht zweckmäßig wäre. Es würde sich um eine Verbrechensbilanz handeln, die, ob man es nun will oder nicht, zu der Aufrechnungsdiskussion führen würde, die im Grunde von niemandem, besonders von keinem Deutschen, gewollt sein kann. Es würde auch gar nicht möglich sein, das Mißverständnis auszuschließen — so hat es der frühere Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Eigenschaft als Außenminister hier vor diesem Hohen Hause am 25. 4. 1969 formuliert —, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert. Dies hätte, so fuhr der damalige Außenminister fort, bei allen Beteiligten — oder bei vielen Beteiligten — alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen. — So der damalige Außenminister hier vor diesem Hause im Jahre 1969.
Die Bundesregierung hält an dieser Meinung fest. Diese Haltung ändert nichts an der Verurteilung von Verbrechen, ganz gleich, von wem, von welcher Seite sie begangen wurden, und an der Notwendigkeit einer Strafverfolgung, sofern sie möglich ist. Bei alledem, Herr Kollege, sollte jedoch im Zusammenhang mit Verbrechen im zweiten Weltkrieg gerade von Deutschen nicht übersehen werden, daß dieser Krieg von einem in unserem Land zur Herrschaft gelangten Gewaltregieme in unsere Nachbarländer getragen worden ist.

Präsident Frau Renger: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Windelen.

Windelen (CDU/CSU): Wie anders, Herr Staatssekretär, wird die Bundesregierung — selbstverständlich im Rahmen des Möglichen — ihre Verpflichtung erfüllen, wichtige historische Quellen zu sichern, wenn sie nicht den Auftrag gibt, das vorhandene Material aufzuarbeiten und zu ergänzen, wo wir doch wissen, daß laufend Zeugen sterben und Urkunden unwiederbringlich verlorengehen?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, das Bundesarchiv hat den ständigen Auftrag, das Material dieser

Art zu sichern. Ich komme ja noch aus Anlaß einer der nächsten Fragen darauf zurück, daß das Bundesarchiv es auch begrüßt, wenn aus der Bevölkerung derartige Mitteilungen, Informationen zur Vervollständigung des dort vorhandenen und außerordentlich weitreichenden Quellenmaterials vorgelegt werden. Das ist eine ständige Aufgabe des Bundesarchivs.

Im übrigen gibt es ja bereits eine Reihe von Dokumentationen, auf die ich im Zusammenhang mit Ihrer zweiten Frage noch eingehen werde.

Präsident Frau Renger: Eine zweite Zusatzfrage.

Windelen (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, glauben Sie nicht, daß ein solches Weißbuch über Verbrechen von Deutschen und an Deutschen gerade für die junge Generation eine wichtige Grundlage wäre, um ihr eine sachgerechte Beurteilung dieser schlimmen Epoche europäischer Geschichte zu ermöglichen?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, ich bin der Meinung, daß unsere junge Generation über diesen leidvollen Komplex der deutschen, der europäischen, der Weltgeschichte hinreichend informiert ist, ohne daß es dazu einer solchen Dokumentation bedarf. Im übrigen liegt, wie Sie wissen, bereits eine Fülle von Material vor. Sie selbst haben ja in Ihrer damaligen Eigenschaft als der für dieses Gebiet zuständige Minister dazu beigetragen, daß solches Material gesammelt wurde.

Präsident Frau Renger: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hupka.

Dr. Hupka (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, Sie haben in Ihrer Antwort der massierten Publizität widersprochen; können Sie mir aber darin zustimmen, daß es auf die Publizität derartiger Verbrechen ankommt, damit man aus der Vergangenheit lernen kann und damit alle Völker aus den Verbrechen, die begangen worden sind, lernen können?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, ich glaube, daß die Kenntnisse, die wir und auch die junge Generation haben, ausreichend sind, um jetzt schon zu lernen. Ich glaube, wir haben im Grunde schon gelernt.

Präsident Frau Renger: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Czaja.

Dr. Czaja (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, Sie haben in Ihrer Antwort darauf hingewiesen, daß es eine umfassende Dokumentation über Vertreibungsverbrechen gibt. Ich frage Sie, mit welcher Begründung in der Sache diese Dokumentation deutschen Staatsangehörigen, insbesondere auch Angehörigen der Opfer von Gewalttaten, die ja nach den Urteilen oberster Gerichte dann, wenn es um die unmittelbaren Rechte der Betroffenen geht, vollständig und wahrheitsgemäß Auskunft erhalten müssen, und auch Abgeordneten nicht zugänglich gemacht wird und wie der Vertraulichkeitsgrad dieser Dokumentation ist.

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, gestatten Sie mir, die Antwort darauf zurückzustellen, denn Ihre Frage deckt sich fast vollständig mit der Frage des Kollegen Wohlrabe, die ich gleich im einzelnen beantworte.

Präsident Frau Renger: Frau Abgeordnete Berger!

Frau Berger (Berlin) (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, habe ich Sie eben richtig verstanden, daß im Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg die Jugend tatsächlich über das Problem von Verbrechen von Deutschen und an Deutschen unterrichtet ist?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Frau Kollegin, Sie haben mich richtig verstanden.

Präsident Frau Renger: Herr Abgeordneter Jäger (Wangen) zu einer Zusatzfrage.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, wenn die Frau Kollegin Berger Sie richtig und wir alle damit richtig verstanden haben, ist dann die Bundesregierung der Meinung, daß diese Ihre Aussage mit der Wirklichkeit in Einklang steht, nach der es doch so aussieht, daß unsere Jugend heute zwar — und das ist richtig — eingehend über all die Verbrechen, die von Deutschen in den Zeiten des letzten Weltkrieges begangen worden sind, orientiert ist, aber sehr unvollständig, lückenhaft unter-

richtet ist über all das, was deutsche Menschen an Verbrechen zu erdulden hatten?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, ich weiß nicht, worauf Sie diese Fragestellung gründen. Ich gehe davon aus, und ich weiß es auch aus eigenen Erkenntnissen, daß beide Seiten und beide Komplexe durchaus bekannt sind. Daß der eine möglicherweise für unser Volk ein größeres Gewicht hat, habe ich anzudeuten versucht.

Präsident Frau Renger: Keine weitere Zusatzfrage.
Ich rufe Frage 17 des Herrn Abgeordneten Windelen auf:

Welche amtlichen deutschen Dokumentationen der früheren Reichsregierung und der Bundesregierung existieren über diesen Komplex, und welche sind davon jedermann, Wissenschaftlern zu wissenschaftlichen Zwecken, nur dazu befugten Amtspersonen zugänglich?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, ein Überblick über sämtliche amtliche Dokumentationen der früheren Reichsregierung zu diesem Komplex war in der kurzen Zeit seit der Fragestellung nicht zu erarbeiten. Ich bin aber gern bereit, der Frage nachzugehen und Sie schriftlich im einzelnen über diesen Komplex zu informieren.

Wie ich bereits in meiner Antwort zur Frage 16 dargelegt habe, gibt es keine umfassende amtliche Dokumentation der Bundesregierung aller im Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg geschehenen Verbrechen. Es kann aber keine Rede davon sein, daß die Bundesregierung einzelne wichtige Teilbereiche, soweit sie überhaupt erfaßbar sind, nicht zur Kenntnis genommen und ausgewertet hätte. Ich darf zunächst auf die zwölfbändige Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa verweisen, die sich mit dem Schicksal der Vertriebenen in sehr eingehender Weise befaßt und die in den Jahren 1953 bis 1962 vom Bundesministerium für Vertriebene vorgelegt worden ist und die jedermann seit dieser Zeit zugänglich ist. An dieser Dokumentation haben namhafte Wissenschaftler mitgewirkt.

Ich nenne weiter die auf 22 Teilbände angelegte Dokumentation zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des zweiten Weltkrieges, die ja

Gegenstand der nächsten Fragen ist, von der 18 Bände vorliegen. Zwei Bände werden noch im Laufe des Monats Oktober 1974 und die restlichen beiden Bände voraussichtlich noch in diesem Jahr fertiggestellt.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Dokumentation über die deutschen Kriegsschäden, die vom früheren Bundesminister für Vertriebene in den Jahren 1958 bis 1962 herausgebracht wurde und zehn Bände umfaßt.

Die Bevölkerungsverluste im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung wurden vom Statistischen Bundesamt sehr frühzeitig in Form von Bevölkerungsbilanzen erfaßt. Ich verweise dazu auf das Statistische Jahrbuch aus dem Jahre 1960 und eine eingehende Darstellung in „Wirtschaft und Statistik", Heft 10, Jahrgang 56. Die damals ermittelten Zahlen sind wiederholt überprüft worden und mußten nur geringfügig korrigiert werden. Schließlich ist in den letzten Wochen die in der Öffentlichkeit diskutierte aufgearbeitete Materialsammlung des Bundesarchivs, die auf 3 500 Auswertungsbogen beruht, zu nennen, auf die ja noch in einem anderen Zusammenhang eingegangen werden wird.

Präsident Frau Renger: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Reddemann.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, wenn Sie der Auffassung sind, daß die Bevölkerung nicht nur über die grauenhaften Verbrechen, die an Deutschen begangen worden sind, hinreichend informiert wurde, warum wird dann die Dokumentation, die im Bundesarchiv in Koblenz lagert, nicht für die Öffentlichkeit freigegeben, sondern nur für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, ich weiß nicht, ob Sie wissen, was die Dokumentation darstellt, die sich im Bundesarchiv befindet. Es sind Zehntausende von Unterlagen, die für einen Wissenschaftler interessant und notwendig, aber für das Publikum, das sich schnell informieren will, natürlich absolut ungeeignet sind.

(Reddemann [CDU/CSU]: Es ist doch eine Dokumentation zusammengestellt!)

Präsident Frau Renger: Eine Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Hupka.

Dr. Hupka (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, wie erklären Sie sich den Widerspruch, der darin liegt, daß es zwar eine zwölfbändige Veröffentlichung von Dokumenten in den Jahren 1953 bis 1962 gibt, daß aber jetzt 3 500 Auswertungsbögen im Jahre 1974 nicht veröffentlicht werden sollen?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, ich sehe darin gar keinen Widerspruch. Es hat eine umfassende erste Information stattgefunden, wie ich dargelegt habe, mit diesen sehr umfangreichen Bänden, die von früheren Bundesregierungen herausgegeben worden sind. Das ist zum Teil das gleiche Quellenmaterial, Herr Kollege, d. h., es ist zum Teil identisch mit den 3 500 Bögen, die Sie erwähnt haben.

Präsident Frau Renger: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Czaja.

Dr. Czaja (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, da diese Bearbeitung des Bundesarchivs offensichtlich auf einen Auftrag der Bundesregierung zurückgeht, frage ich Sie, nach welchen Richtlinien — die Sie hier doch bitte auch der Öffentlichkeit bekanntgeben möchten — Einblick genommen werden kann in diese 3 500 Bearbeitungsbögen, die Sie eben nannten, was sie umfassen und nach welchen Grundsätzen auch von der Legislative Einblick genommen werden kann. Ich glaube, das Parlament hat das Recht, dies von Ihnen zu erfahren.
(Dr. Schäfer [Tübingen] [SPD]: Sie können doch hinfahren!)

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, selbstverständlich haben die Öffentlichkeit und auch das Parlament das Recht, zu erfahren, unter welchen Bedingungen das Bundesarchiv benutzt werden kann. Es handelt sich um eine normale Benutzungsordnung, wie es auch für andere Bibliotheken Benutzungsordnungen gibt. Ich habe sie hier. Ich kann sie Ihnen leider nicht verlesen; ich glaube, das würde zu weit führen. Ich stelle sie Ihnen gerne zur Verfügung.

Dr. Czaja (CDU/CSU): Können Sie nicht ein paar gravierende Punkte nennen?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Es sind da bestimmte Öffnungszeiten zu beachten und andere Dinge.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Zuruf von der SPD: Fahren Sie doch einmal hin! — Dr. Czaja [CDU/CSU]: Er hat doch gesagt, daß die Benutzung nicht möglich ist!)

Präsident Frau Renger: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Gansel.

Gansel (SPD): Herr Kollege, da Herr Reddemann auf Ihre vorherige Antwort zurückgekommen ist und damit die Gefahr besteht, daß Sie bewußt mißverstanden werden, darf ich Sie fragen, ob Sie so zu verstehen waren, daß die junge Generation zwar genügend informiert ist über die Schrecken des NS-Regimes und des Krieges und über Verbrechen von Deutschen und an Deutschen, daß aber durchaus noch ein Informationsbedürfnis darüber besteht, wie diese schrecklichen Dinge möglich werden konnten, wie sie von Millionen unseres Volkes unterstützt werden konnten, wie wir das für die Zukunft verhindern können, und glauben Sie, daß diese Fragestunde zu dem letzteren ein lehrreicher Beitrag sein könnte?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Das letztere muß ich natürlich diesem Hause überlassen, aber ich bin in der Tat Ihrer Meinung, daß die Beantwortung der Frage, wie es dazu kommen konnte, eine Frage ist, die sich jede Generation neu stellen muß und wahrscheinlich im Laufe eines Lebens auch von einem selbst mehrfach beantwortet werden muß; die Beantwortung dieser Frage ist ein ständiger Appell an uns alle.

Präsident Frau Renger: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Kunz.

Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, da erhebliche Zweifel an der Richtigkeit Ihrer Auffassung bestehen, daß die deutsche Jugend über die Verbrechen an und durch Deutsche hinreichend informiert ist, frage ich Sie, ob Sie bereit sind bzw. ob die Bundesregierung bereit ist, eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag zu geben, um feststellen zu lassen, wie hoch der tatsächliche Informationsgrad bzw. Informationsstand der deutschen Jugend hinsichtlich dieses Komplexes ist.
(Beifall bei der CDU/CSU)

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, ich werde das gern prüfen; möglicherweise gibt es auch schon Unterlagen. Aber ich bitte Sie, auch nicht zu vergessen, daß wir in unserem Lande eine ganze Reihe von Organisationen haben — auch gerade desjenigen Personenkreises, der von der Vertreibung betroffen ist — und daß diese Organisationen nach dem Kriege wie auch in den letzten Jahren eine sehr intensive Aufklärungsarbeit betrieben haben, die doch sicherlich nicht fruchtlos gewesen ist.

Präsident Frau Renger: Ich rufe die Frage 21 des Herrn Abgeordneten Wohlrabe auf:

Wann wird die fertiggestellte Dokumentation über während der Vertreibung an Deutschen begangene Verbrechen veröffentlicht — ggf. aus welchen Gründen soll von einer Veröffentlichung abgesehen werden?
Bitte schön, Herr Staatssekretär!

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, ich möchte Ihre beiden Fragen zusammen beantworten.

Präsident Frau Renger: Dann rufe ich auch die Frage 22 des Herrn Abgeordneten Wohlrabe auf:

Welchen Umfang hat diese Dokumentation und wieviel Exemplare stehen für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Bundesminister Maihofer hat bereits in einer Antwort auf die schriftliche Anfrage des Herrn Kollegen Dr. Hupka dargelegt, welche Gründe einer Veröffentlichung des vorliegenden Materials entgegenstehen. Unter Verwendung dieser Antwort möchte ich jetzt folgendes feststellen.

Auf Vorschlag des damaligen Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, des Herrn Kollegen Windelen, hat die Bundesregierung am 26. Juni 1969 das Bundesarchiv beauftragt, „das ihm und anderen Stellen vorliegende Material über Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die an Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung begangen worden sind, zusammenzustellen und auszuwerten“. Eine

Veröffentlichung war nach dem Beschluß der Bundesregierung von vornherein nicht vorgesehen. Daß dieser Beschluß gerechtfertigt war, hat sich jetzt, nachdem der Bericht vorliegt, bestätigt. Das Bundeskabinett ist am 7. August 1974 zu der Auffassung gelangt, daß durch den Kabinettsbeschluß vom 25. Juli 1969 „die Frage der Veröffentlichung ausreichend geregelt ist".

Von vornherein war vorgesehen, daß das Ergebnis der Bemühungen nur eine aufbereitete Materialsammlung sein könne. Es muß jetzt festgestellt werden, daß das vom Bundesarchiv zusammengestellte und ausgewertete Material zwar der wissenschaftlichen Erforschung des Nachkriegsgeschehens als Quellenmaterial dienen kann; es kann aber bei aller dokumentarischen Akribie der hier unternommenen Materialsammlung nicht selbst den Rang gesicherter und geschichtlicher Wahrheit beanspruchen und würde sicherlich zu Fehldeutungen führen. Das Bundesarchiv weist im übrigen selbst darauf hin, daß die Zusammenstellung auch in methodischer Hinsicht nicht den Ansprüchen genügen könne, die heute an eine amtliche Dokumentation zu stellen wären. Hinzu kommt: Gerade weil von Anfang an eine Publikation dieser Materialien nicht beabsichtigt war, sind diese für eine solche Veröffentlichung auch nicht entsprechend aufbereitet worden.

Zur Erläuterung der jetzt vorliegenden Materialsammlung möchte ich Ihnen ganz kurz die Arbeitsweise des Bundesarchivs dazu darlegen. Das Bundesarchiv hat das bei ihm liegende Zeugenschriftgut im Umfang von über 40 000 Einzelstücken unter dem Gesichtspunkt der an Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung begangenen Gewalttaten und Unmenschlichkeiten durchgesehen, die Einzelfälle zusammengestellt, auf denselben Tatort bezogene Angaben miteinander verglichen und dabei die Aussagekraft der Angaben bewertet. Das Ergebnis dieser schwierigen und dadurch langwierigen Arbeit wurde in den hier schon genannten ca. 3 500 Auswertungsbögen tabellarisch zusammengefaßt. Diese stehen, wie ich schon sagte, der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung. Zur Ergänzung und Überprüfung der Einzelaussagen diente das erreichbare Material anderer Stellen, die zum Teil nicht preisgegeben werden können, sowie die einschlägige Literatur. Dabei bleiben, auch wo die aus unmittelbarem, subjektivem Erleben gemachten Angaben durch andere Berichte ganz oder

teilweise bestätigt werden, nicht unerhebliche Unsicherheiten für eine objektive geschichtliche Wahrheitsfindung. Auch mit einer auszugsweisen Veröffentlichung der Materialien würde weder ein weiterer Beitrag zur Findung der Wahrheit noch zur Bewältigung der Vergangenheit geleistet werden. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß bereits eine ganze Reihe von Publikationen vorliegen. Wenn also die Bundesregierung entsprechend der unsprünglichen Absicht der Initiatoren eine Veröffentlichung nicht vorsieht, so schließt das eine Information der Fraktionen dieses Hauses in geeigneter Weise doch nicht aus. Der Bundesminister des Innern ist bereit, falls ein solches Interesse besteht, zu einer entsprechenden Zusammenkunft einzuladen.

Sie haben noch gefragt, wie umfangreich der Bericht ist. Er umfaßt ohne Anlagen 60 Seiten.

Präsident Frau Renger: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Wohlrabe.

Wohlrabe (CDU/CSU): In wieviel Exemplaren, um gleich die erste Zusatzfrage zu stellen, ist der Bericht bisher erstellt worden? — Wieviel Exemplare liegen bisher vor, 1, 100, 5 000?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Etwa 10 Stück, Herr Kollege.

Präsident Frau Renger: Eine zweite Zusatzfrage.

Wohlrabe (CDU/CSU): Die zweite Zusatzfrage, Herr Staatssekretär: Sie haben eben das Angebot gemacht, einen Vertrauenskreis — wenn ich so sagen darf — der Fraktionen zu informieren. Mir ist in Erinnerung, daß der Bundesminister des Innern im August 1974 erklärt hat, daß in der Dokumentation keine wesentlichen Angaben über Tatbestände enthalten seien, die nicht schon durch den Gang der Dinge und der Geschichte bekannt seien. Wenn dies so ist, meinen Sie nicht, daß der Inhalt dann auch einem größeren Kreis zugänglich gemacht werden könnte?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, es handelt sich natürlich auch um Tatbestände, die bekannt sind. Sie sind anders aufbereitet; es ist eine andere Systematik gewählt worden.

Aber ich würde vorschlagen, daß Sie sich über diese Frage noch einmal ein Urteil bilden, wenn Sie selbst Gelegenheit hatten, eingehender informiert zu werden. Ich habe Ihnen schon angedeutet, daß Quellen verwertet wurden, die nicht nach außen gegeben werden können. Daher möchte ich vorschlagen, Sie machen von diesem Angebot zunächst einmal Gebrauch und bilden sich dann eine abschließende Meinung.

Präsident Frau Renger: Eine weitere Zusatzfrage.

Wohlrabe (CDU/CSU): Ich für meine Person, Herr Staatssekretär, nehme diesen Vorschlag sehr gern an. Trotzdem hätte ich gern eine Antwort auf folgende Überlegung: Sie haben soeben, wenn ich es richtig verstanden habe, gesagt, daß die Dokumentation 60 Seiten stark sei. Meinen Sie nicht, daß allein der Umfang — ich kann mich jetzt nur am Umfang, den Sie genannt haben, orientieren — dem Sachthema nicht ganz gerecht wird? Ich kann mir kaum vorstellen, daß eine so dünne Akte von 60 Seiten dem Riesengebiet gerecht wird, das dort behandelt werden sollte.

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, das wäre sicherlich der Fall, wenn nicht vorher im Zusammenhang und als Basis für diese 60 Seiten, wie ich soeben ausgeführt habe, 40 000 Einzelangaben ausgewertet worden wären, die dann zu 3 500 Zusammenfassungen geführt haben. Das ist ein Teil der Dokumentation, wenn Sie so wollen, die unter den Benutzungsbedingungen im Bundesarchiv zur Verfügung steht, nach denen Herr Czaja gefragt hat. Das heißt, Sie müssen diese Zusammenfassung, die die von mir geschilderten Schwächen aufweist, im Zusammenhang mit dem Grundlagenmaterial sehen, das dazu erst aufbereitet worden ist.

Präsident Frau Renger: Vierte Zusatzfrage!

Wohlrabe (CDU/CSU): Sie vertreten die Meinung, Herr Staatssekretär, daß der Umfang, wie er jetzt erstellt worden ist, dem Thema gerecht wird und die wesentlichen Aspekte des Themas, über das eine Dokumentation angefertigt werden sollte, beinhaltet?

Baum, Parl. Staatsekretär beim Bundesminister des Innern: Ich habe Ihnen schon dargelegt, welche Schwächen diese aufbereitete Material-

sammlung hat. Sie kann angesichts der Aufgabe, die hier gestellt ist, dem Thema eigentlich gar nicht gerecht werden.

Präsident Frau Renger: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hupka.

Dr. Hupka (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, was hat eigentlich die Bundesregierung bewogen, von der Dokumentation über die Kriegsgefangenenfrage 400 Exemplare und von dieser Dokumentation nur 10 der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen, und wo sind sie zu erhalten, wo kann man sie einsehen, damit die Öffentlichkeit, wenn sie wissenschaftlich interessiert ist, auch einen Einblick gewinnen kann?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, ich habe versucht darzulegen, daß „Dokumentation" nicht gleich „Dokumentation" ist. Die Ihnen sicherlich bekannte Dokumentation über die Kriegsgefangenen ist etwas ganz anderes als die Materialaufbereitung, die wir jetzt hier vorliegen haben und um die es im Zusammenhang mit dieser Frage geht. Deshalb ist auch, wie wir meinen, eine andere Behandlung gegenüber der Öffentlichkeit gerechtfertigt.

Präsident Frau Renger: Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Czaja.

Dr. Czaja (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, nachdem Sie vorhin freundlicherweise auf die Benutzungsordnung verwiesen haben, gestatte ich mir, da in § 1 Abs. 2 b dieser Benutzungsordnung die Möglichkeit der Zurverfügungstellung von Abschriften oder fotografischen Reproduktionen vorgesehen ist, die Frage, mit welchem Recht eigentlich den Abgeordneten bzw. den betroffenen Angehörigen die Einsichtnahme verweigert wird, ein Recht, das eventuell auch von den Verbänden zur Vervollständigung — Sie haben ja vorhin deren Leistungen gelobt — der wissenschaftlichen Ansprüchen nicht immer genügenden Formulierung in Anspruch genommen werden könnte. Würden Sie mir das bitte beantworten.

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, das Interesse beispielsweise der Angehörigen oder das Interesse der Politiker an einzelnen Dingen läßt sich durch das Bundesarchiv voll be-

friedigen. Sie werden d i e s e Dinge einer, Wie Herr Kollege Wohlrabe schon bemerkte, zusammengefaßten Materialaufbereitung kursorischer Art von 60 Seiten nie entnehmen können.
(Dr. Czaja [CDU/CSU]: Aber d i e wenigstens!)

Präsident Frau Renger: Keine weitere Zusatzfrage.
Ich rufe die Frage 23 des Herrn Abgeordneten Jäger (Wangen) auf:

Wie beurteilt die Bundesregierung polnische Behauptungen, die Dokumentation über Verbrechen, die an deutschen Staatsangehörigen begangen worden sind, sei als Geschichtsfälschung und als Erpressungsmanöver zu betrachten?
Bitte, Herr Staatssekretär!

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, regierungsamtliche polnische Äußerungen oder Behauptungen dieser Art sind der Bundesregierung nicht bekannt. Es entspricht auch nicht der Übung der Bundesregierung, auf Äußerungen anderer Art offiziell einzugehen.
(Dr Schäfer [Tübingen] [SPD]: Sehr gut!)

Präsident Frau Renger: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter, bitte!

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, da Ihnen genausogut wie allen übrigen Mitgliedern dieses Hauses bekannt ist, daß Äußerungen etwa in Organen der dort herrschenden politischen Partei das gleiche Gewicht zukommt wie Äußerungen von regierungsamtlicher Seite bei uns, . . .

Präsident Frau Renger: Fragen Sie bitte, Herr Kollege!

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): . . ., möchte ich Sie fragen, sind Sie nicht der Auffassung, daß die Bundesregierung den falschen Eindruck, der durch die unwidersprochene Hinnahme solcher Äußerungen entsteht, vermeiden muß?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, in diesem Zusammenhang kann ich nur feststellen, daß die Bundes-

regierung an der Objektivität der Arbeit des Bundesarchivs keinen Zweifel hat.
(Dr. Schäfer [Tübingen] [SPD]: Sehr gut!)

Präsident Frau Renger: Zweite Zusatzfrage, Herr Kollege Jäger (Wangen)!

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, können nicht polnische Stellen, die diese Dokumentation angreifen, sogar einen gewissen Anschein der Berechtigung für ihre Angriffe daraus herleiten, daß, wenn es nicht zu einer Veröffentlichung dieser Materialien kommt, Polen durch die Hintanhaltung im Zusammenhang mit anderen Verhandlungsgegenständen etwa erpreßt werden solle?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Ich bin ganz und gar nicht der Meinung, daß dies der Fall sein könnte; denn das, was hier vorliegt, und auch die anderen Berichte, die ich im Laufe der Fragestunde genannt habe, können in keiner Weise so qualifiziert werden.

Präsident Frau Renger: Keine weiteren Zusatzfragen.
Ich rufe die Frage 24 des Herrn Abgeordneten Dr. Hupka auf:

Wird die Bundesregierung erstmalig angebotene oder bisher unausgewertete Zeugenaussagen und Dokumente in einem Nachtrag zu der vorliegenden Materialsammlung zusammenfassen, und wohin müßten sich solche Angebote richten?
Bitte schön, Herr Staatssekretär!

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege, das Bundesarchiv in Koblenz wird alles Material, das ihm angeboten werden sollte, prüfen und gegebenenfalls auswerten. Nach der Art, wie die Materialsammlung des Bundesarchivs aufgebaut ist, wird das Ergebnis der Auswertung etwaigen neuen Materials nicht in einem Nachtrag erscheinen, sondern in die Materialsammlung selbst einbezogen. Angebote neuen Materials — Sie fragen danach — sind zweckmäßigerweise unmittelbar an das Bundesarchiv in Koblenz zu richten.

Präsident Frau Renger: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Dr. Hupka.

Dr. Hupka (CDU/CSU): Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Staatssekretär, daß Sie damit die Öffentlichkeit davon informieren, daß Sie die unsichere Quellenlage, von der sie bei der Beantwortung der ersten Frage gesprochen haben, durch eine sichere Quellenlage ersetzen wollen und sich jedermann, der noch Dokumente liefern und Aussagen machen kann, an das Bundesarchiv wenden soll?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Ich bin mit Ihrer ersten Feststellung nicht einverstanden, aber mit Ihrer zweiten. Selbstverständlich sind wir dankbar, wenn sich das Quellenmaterial vergrößert und wenn es vervollständigt wird. Eine gewisse Unsicherheit wird sich bei der Art des hier zur Debatte stehenden Komplexes — das hat die Diskussion ja jetzt auch ergeben — nie ganz beseitigen lassen.

Präsident Frau Renger: Zweite Zusatzfrage.

Dr. Hupka (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, wie kann aber ein Betroffener von diesem aufgearbeiteten Material überhaupt Kenntnis erhalten, damit er das notfalls ergänzen kann, wenn dieses jetzt aufgearbeitete Material nur für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung stehen soll?

Baum, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Ich würde empfehlen, daß der einzelne unabhängig von der Kenntnis über das, was im Bundesarchiv vorhanden ist — er hat sie ja nicht —, alles das übermittelt, was er für notwendig und zweckmäßig hält, um diese Sammlung von Quellenmaterial zu vervollständigen.

Präsident Frau Renger: Keine weiteren Zusatzfragen. Damit, meine Damen und Herren, ist die Fragestunde beendet. Ich bedanke mich bei dem Herrn Staatssekretär.



Wer hat Angst vor der Wahrheit?

Bonn? Moskau? Warschau? Belgrad? Prag?

Diese wissenschaftliche Dokumentation über Ereignisse der Nachkriegszeit belegt:

- Sowjetische Gewaltakte gegen deutsche Frauen und Kinder;
- „Ausschreitungen“ in Polen und der Tschechoslowakei;
- Jugoslawien als Schauplatz von Verbrechen an unschuldigen deutschen Zivilisten.